

vpod

Bildungspolitik

Zeitschrift für Bildung, Erziehung und Wissenschaft

Regionalteil Bern

vpod BERN lehrberufe

Regionalteil beider Basel

GE vpod basel lehrberufe

Sektion Zürich Lehrberufe

vpod
zürich

Pflichtlektion



**Digitalisierung
–
Herausforderung
für den
Schulunterricht**

Die Digitalisierung verändert das Lehren und Lernen an den Schulen. Welche Konzepte und Ressourcen braucht es für die Unterrichtsentwicklung?

Digitalisierung – Herausforderung für den Schulunterricht

04 Schule der Zukunft

Ein Besuch an der EDUZIS-Schule Seehalde in Niederhasli.

07 In den Schulen angekommen

Wie können digitale Werkzeuge und Materialien sinnvoll im Unterricht eingesetzt werden?

09 Von Beginn an digital

Ein Gespräch mit dem Sekundarschullehrer und digital native Jan Kirchmayr.

10 Ruedi Lamberts Wandtafel

Hochschule

12 20 Jahre Bologna

Studieren unter dem Bologna-System. Ein Erfahrungsbericht.

Pflichtlektion Zürich

15 – 18 Das Mitgliedermagazin der Sektion Zürich Lehrberufe

- Lila Wucht – eine Zwischenbilanz
- Die fünfte Ferienwoche kommt
- Ein Tag in der Psychomotoriktherapie
- 10ni-Pause

Aktuell

11 Zuschriften und Medienschau

19 Was man aus Büchern lernen kann

Die Kolumne des Vereins für eine Schule ohne Selektion VSoS.

20 Geflüchteten Jugendlichen Lehrabschlüsse erlauben

Ein Aufruf gegen Ausschaffungen während der Berufslehre.

Film, Bücher, Kurse

22 Die Steinsuppe

Ein Film über Essen als Gemeinschaftserlebnis.

24 Krisen unserer Welt

Eine neue Kinderbucherie.

25 Nachhilfe in Marxismus

Wie Jean Ziegler seiner Enkelin den Kapitalismus erklärt.

26 Wissensvermittlung und Anregung zum Denken

Terre des Hommes sensibilisiert SchülerInnen zu Kinderrechten und nachhaltiger Entwicklung.

28 Bildungschancen durch soziale Durchmischung

Ein neues Themenheft der Zeitschrift «Hochparterre» zu Quartierentwicklung und Bildung.

Lehrberufe Bern

27 Zweimal nein!

Trügerische Motionen bedrohen die Bildungsqualität Berner Schulen.

Basel Lehrberufe

29 – 31 Regionalteil beider Basel

- Gerät allein reicht nicht
- Ausbau der Digitalisierung an der Volksschule geplant
- Abstimmungsnachlese



Zeitschrift für
Bildung, Erziehung
und Wissenschaft

vpod bildungspolitik 212
Juli 2019

Ausgewählte Artikel der aktuellen Nummer der vpod bildungspolitik sind auch auf unserer Homepage zu finden. Jeweils zwei Monate nach Erscheinen sind die vollständigen Hefte als pdf abrufbar: vpod-bildungspolitik.ch

Impressum

Redaktion / Koordinationsstelle

Birmensdorferstr. 67
Postfach 8279, 8036 Zürich
Tel: 044 266 52 17
Fax: 044 266 52 53

Email: redaktion@vpod-bildungspolitik.ch

Homepage: www.vpod-bildungspolitik.ch

Herausgeberin: Trägerschaft im Rahmen des Verbands des Personals öffentlicher Dienste VPOD

Einzelabonnement: Fr. 40.– pro Jahr (5 Nummern)
Einzelheft: Fr. 8.–

Kollektivabonnement: Sektion ZH Lehrberufe; Lehrberufsgruppen AG, BL, BE (ohne Biel), LU, SG.

Satz: erfasst auf Macintosh

Layout: Sarah Maria Lang, Brooklyn

Titelseite Foto: ndanko / photocase.de

Druck: Ropress, Zürich

ISSN: 1664-5960

Erscheint fünf Mal jährlich

Redaktionsschluss Heft 213:
19. August 2019

Auflage Heft 212: 3000 Exemplare

Zahlungen:

PC 80 - 69140 - 0, vpod bildungspolitik, Zürich

Inserate: Gemäss Tarif 2011; die Redaktion kann die Aufnahme eines Inserates ablehnen.

Redaktion

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
Johannes Gruber

Redaktionsgruppe

Susanne Beck-Burg, Christine Flitner, Fabio Höhener, Anna-Lea Imbach, Markus Holenstein, Ute Klotz, Ruedi Lambert (Zeichnungen), Thomas Ragni, Martin Stohler, Ruedi Tobler, Peter Wanzenried

Beteiligt an Heft 212

Dieter Blatt, Roland Brunner, Ulrich Burri, Philipp Casula, Sarah Gersbach, Thomas Grossenbacher, Ulrike Kiessling, Carolin König, Katrin Meier, Susi Oser, Michela Seggiani, Béatrice Stucki, Florian Thalman, Kerstin Wenk, Sybille Zürcher

In seinem Essay «Erfindet euch neu!» beschreibt der am 1. Juni 2019 verstorbene Philosoph und Wissenschaftshistoriker Michel Serres euphorisch die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Institution Schule. Seiner Ansicht nach ermöglicht das Smartphone den Schülerinnen und Schülern, die Einschränkungen der Klassenzimmer des 19. und 20. Jahrhunderts zu überwinden. In Anspielung auf Platons Höhlengleichnis attestiert er jenen, dass sie sich «befreien von den Ketten, die sie in der jahrtausendealten Höhle auf ihren Sitzen gehalten hatten, still und stumm, mit festgewachsenen Hintern und versiegelten Lippen.»¹

Die Schulen der Zukunft müssen dem technologischen Wandel Rechnung tragen und, so formuliert es der Erziehungswissenschaftler Jürgen Oelkers, «die Zugänge zum Lernen öffnen, den Habitus des selbstgesteuerten Lernens ausprägen und die Schülerinnen und Schüler davor bewahren, von Lernleistungen auszugehen, die irgendwann einmal abgeschlossen sind.»²

Obwohl die Aussagen von Michel Serres und Jürgen Oelkers aus verschiedenen Perspektiven formuliert sind – erstere aus Perspektive der Jugendlichen, letztere aus der Perspektive der Schule – konvergieren beide. Auch wenn Oelkers Statement wesentlich nüchterner tönt und in diesem bereits mitschwingt, dass das «lebenslange Lernen» im «flexiblen Kapitalismus» nicht nur Freiheit, sondern auch Zwang darstellt.

Wie weit sich Computer, iPads und Lernsoftware bereits an den Schweizer Schulen etabliert haben, ist nicht nur kantonale, sondern auch kommunale sehr unterschiedlich. So stellen wir zu Beginn unseres Schwerpunkts «Digitalisierung – Herausforderung für den Schulunterricht» die Sekundarschule «Seehalde» in Niederhasli / Kanton Zürich vor, in der bereits alle SchülerInnen mit iPads ausgestattet sind und auch der Unterricht in Methode, Stil und Aufbau durch die digitalen Technologien geprägt ist (vgl. S. 4-6). Katrin Meier dagegen berichtet aus ihrem Berufsalltag als Primarschullehrerin in der Stadt Zürich, dass sie die Arbeit mit digitalen

und Werkzeugen und Materialien im Unterricht zwar als bereichernd erlebt, aber neben aller Veränderungen an den Schulen doch auch vieles gleich bleibt (vgl. S. 7-8). Während der Sekundarschullehrer Jan Kirchmayr, Kanton Basel-Land, ebenfalls seine Erfahrungen mit digitalen Technologien im Unterricht schildert (S. 9-10), gibt Thomas Grossenbacher, Leiter ICT Medien des Erziehungsdepartements Basel-Stadt, Auskunft über den Stand und die Entwicklung der Digitalisierung an den baselstädtischen Schulen (vgl. S. 30-31).

Liest man die Texte aus den verschiedenen Gemeinden und Kantonen, zeigen sich bemerkenswerte Unterschiede, was den Einbezug digitaler Technologien an den Schulen betrifft. Mit den bestehenden Ungleichzeitigkeiten wäre auch die Chance verbunden, voneinander lernen zu können. Denn soviel wird jetzt schon deutlich: Auch wenn sich die Schulen an sehr unterschiedlichen Wegmarken befinden, die Herausforderungen sind für alle mehr oder weniger die gleichen. In diesem Sinne versteht sich unser Schwerpunkt als Beitrag zur Diskussion darüber, welche Konzepte und Ressourcen es für einen Unterricht braucht, der hinsichtlich digitalen Lehrens und Lernens auf der Höhe der Zeit ist.

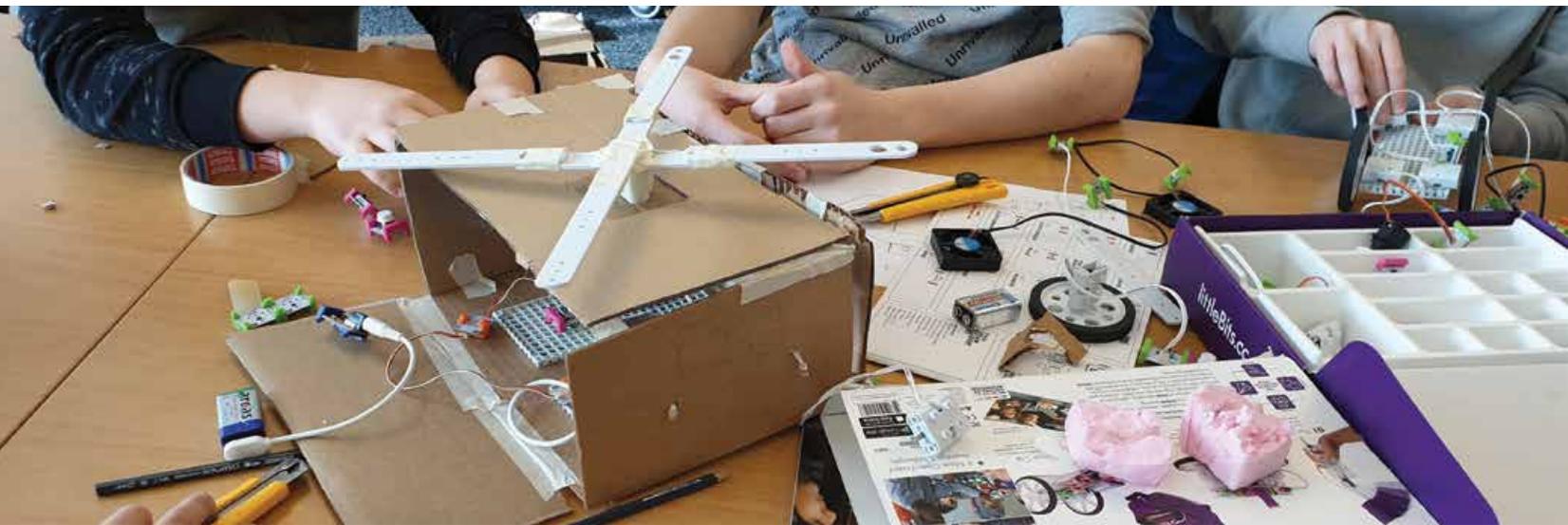
Nach der Ausgabe 205 / Februar 2018 ist dies bereits das zweite Mal, dass wir uns explizit mit Fragen von Bildung in Zeiten der Digitalisierung beschäftigen. Bei der Geschwindigkeit technologischen Wandels und der Bedeutung, den dieser für unsere Gesellschaft wie unser Bildungssystem hat, ist es wohl nicht zu gewagt, vorauszusagen, dass bald einer weiterer Schwerpunkt zu diesem Thema folgen dürfte.



Johannes Gruber
vpod bildungspolitik

¹ Michel Serres (2013): Erfindet euch neu! Liebeserklärung an die vernetzte Generation. Berlin: Suhrkamp, S.38.

² Jürgen Oelkers, Vortrag in der Schule Moosseedorf am 15. Oktober 2012.



Schule der Zukunft

An den EDUZIS-Schulen im Kanton Zürich haben alle SchülerInnen ein iPad, gelernt wird vermehrt mit Lernsoftware und auf digitalen Lernplattformen. Von Johannes Gruber

Im Februar 2018 hatten wir in dieser Zeitschrift zuletzt einen Schwerpunkt zum Thema «Digitalisierung und Bildung». Als ich mich damals in das Thema einarbeitete wurde mir klar, dass sich unser Bildungssystem zu Beginn eines fundamentalen Wandels befindet, das Kulturpessimisten als Anfang vom Ende der Bildung, fortschrittliche Denker dagegen als Beginn eines emanzipatorischen Prozesses begreifen.¹ Vor gut einem Jahr hatte ich leider keine Möglichkeit, an einer Schule vor Ort selbst den aktuellen Umgang mit iPads, Lernsoftware und digitalen Medien im Unterricht kennenzulernen. Doch begegnete ich an einer Medienkonferenz von *economiesuisse* Sandra Monroy, Schulpflegepräsidentin der Sekundarschulgemeinde Niederhasli Niederglatt Hofstetten (EDUZIS), Kanton Zürich, die mich ans Schulhaus Seehalde in Niederhasli einlud, um dort einen Schulunterricht kennenzulernen, der hinsichtlich Digitalisierung auf der Höhe der Zeit ist.

Das Schweizer Fernsehen kam mir jedoch zuvor, im März 2019 berichtete die Sendung «Kulturplatz» über eben diese Schule. In der Reportage wurde gezeigt, wie an der Seehalde neue Formen des Lernens erprobt und ihre SchülerInnen auf die Herausforderungen der modernen Berufswelt vorbereitet werden. Alle SchülerInnen erhalten am ersten Schultag der Sekundarstufe I einen iPad zur Verfügung gestellt. Das Lernen erfolgt zu einem grossen Teil auf digitalen Lernplattformen, auf denen sie z.B. Arbeitsblätter bearbeiten und unmittelbar ein Feedback von der Lehrperson bekommen.

Was es braucht und wie die Schule dazu kam

Als wir² im Mai 2019 schliesslich das Schulhaus Seehalde besuchen, empfangen uns Schulpflegepräsidentin Sandra Monroy, Schulleiter Marco Stühlinger und Schüler Christof. In seiner Präsentation stellt uns der Schulleiter die Arbeitsweise der EDUZIS-Schulen vor. Es wird deutlich, dass es um mehr geht als einfach nur um Computer und iPads. Damit der konsequente Einsatz technischer Geräte und innovativer Lernsoftware

im Unterricht auch die gewünschte Wirkung zeigt, braucht es, so Marco Stühlinger, nicht nur ein umfassendes pädagogisches Konzept, sondern auch eine technische Infrastruktur wie ein schnelles, leistungsfähiges Internet, Ressourcen für die Wartung der Geräte und technischen Support. So ist für die EDUZIS-Schulen ein technischer ICT-Supporter (100%) und ein pädagogischer ICT-Supporter (Teilzeit) zuständig. Notwendig sind vor allem aber auch digitale und didaktische Kompetenzen der Lehrpersonen.

Seitdem es im Herbst 2012 zu einem Wechsel der Schulleitung und zu Zugängen im Lehrpersonenteam gekommen war, fand in Niederhasli ein kontinuierlicher Schulentwicklungsprozess statt. Gemeinsam setzten sich die Lehrpersonen mit den Grundlagen von Lernen und Motivation auseinander und entwickelten innovative Lernsettings. Mit dem Schuljahr 2013/14 erfolgte nicht nur die Ausrüstung aller SchülerInnen mit iPads, sondern auch die Auflösung der alten Klassenstrukturen und die Einführung von altersdurchmischten Gruppen. Gleichzeitig war die Einführung von Lernatelierstrukturen ein entscheidender Schritt. Acht bis zwölf Lektionen, also ein Viertel bis ein Drittel ihres Unterrichts, arbeiten die SchülerInnen selbständig an ihrem Arbeitsplatz im Lernatelier, das in der Seehalde «Office» genannt wird. Nach der Präsentation des Schulleiters führt uns der Schüler Christof ins Office und erläutert uns dessen Funktionsweise. Im Lernatelier werden selbständig Aufgaben gelöst, allein oder in Kleingruppen. Immer ist jedoch auch eine Lehrperson anwesend, die bei Bedarf unterstützen kann. Beides zusammen sei wichtig, so Christof, dass das Office selbstbestimmtes Arbeiten vorsehe, aber auch, dass dort Lehrpersonen immer ansprechbar sind.

Insgesamt wird an der Seehalde ein Mix aus innovativen und konventionellen Lernformen angeboten: Während der restlichen 22-26 Lektionen besuchen die SchülerInnen den Fachunterricht. Wie Sandra Monroy in der erwähnten Fernsehreportage feststellt, ist der Unterricht an der Seehalde weniger Ausdruck eines anderen Schulmodells, als

vielmehr Resultat einer Haltungsänderung, des Bemühens von Lehrpersonen und politisch Verantwortlichen, Schule zeitgemäss zu gestalten. Vieles wird in einem solchen Projekt neu gedacht und verändert, die klassische Unterrichtssituation des 19. Jahrhunderts, der standardisierte Frontalunterricht, Unterricht nach Lehrbuch werden so teilweise überwunden oder zumindest sinnvoll ergänzt. Doch nicht alles ändert sich mit dem Einsatz digitaler Medien, auch die Vermittlung künstlerischer, musischer, handwerklicher und sportlicher Fähigkeiten hat nach wie vor ihren festen Platz im Lehr- und Lernalltag der Seehalde.

«Acht bis zwölf Lektionen, also ein Viertel bis ein Drittel ihres Unterrichts, arbeiten die SchülerInnen selbständig an ihrem Arbeitsplatz im Lernatelier [...]»

Kommunikations- und Lernformen kein Selbstzweck

Die Kommunikation mit SchülerInnen und Lehrpersonen erfolgt an der Schule über Beekeeper (Chats, Gruppenchats, Postings). Zusammenarbeit findet oftmals via Google-Apps auf Google Drive statt, Lehrmittel und Lerndossiers sind über «itunesU» und «iBooks» zugänglich. Über die Lernplattform EDULO können von den Lehrpersonen Übungen erstellt und geteilt werden, gleichzeitig ist diese auch eine Datenbank für

und mit Übungen. Diese Übungen sind ein Beitrag zur Individualisierung des Lernens: Mittels automatischer Korrekturen wird der Leistungsstand jedes einzelnen Schülers und jeder Schülerin abgebildet und sodann zusätzlich spezifisches Material zur Verfügung gestellt. Im Unterricht werden Lernfilme, Verknüpfungen und Apps eingesetzt. Um die Medienkompetenz der SchülerInnen zu fördern, werden Social Media nicht nur angewendet, sondern sind auch Gegenstand des Unterrichts und werden kritisch reflektiert.

«Um tatsächlich die Lernerfolge zu vergrössern, müssen die ICT auch den Unterricht in Methode, Stil und Aufbau verändern.»

Doch die blosser Verfügbarkeit von Informations- und Kommunikationstechnik allein hat nicht automatisch eine positive Auswirkung auf die Kompetenzen von SchülerInnen. Im Gegenteil besteht die Gefahr, so Marco Stühlinger, dass ICT zwar die herkömmliche Lerntechnik ersetzt, aber eine unzulängliche Anwendung der neuen Technologien zu schlechteren Resultaten als der herkömmliche Unterricht führt. Um tatsächlich die Lernerfolge zu vergrössern, müssen die ICT auch den Unterricht in Methode, Stil und Aufbau verändern.

Dass technologische und methodische Innovationen wie das «selbstregulierte Lernen» kein Selbstzweck sind, wird auch auf der Homepage der EDUZIS-Schulen ausgeführt, auf der ausführlich die Organisation, das pädagogische Konzept wie auch das didaktische Instrumentarium dargestellt werden. Links zu Ausführungen des Erziehungswissenschaftlers John Hattie wie auch zu den Soziologen Niklas Luhmann und

Heinz Bude deuten darauf hin, wie intensiv und grundlegend die Beschäftigung mit Schulentwicklung an den EDUZIS-Schulen gewesen sein muss. Hinsichtlich des Verständnisses von schulischem Lernen wird auf den Text «Möglichkeiten und Grenzen selbstregulierten Lernens in der Schule»³ des Zürcher Erziehungswissenschaftlers Jürgen Oelkers verwiesen. In diesem betont der Autor, wie wichtig es sei, bei jeder Innovation die konkreten Erfahrungen zu berücksichtigen und ein methodisches Dogma zu vermeiden. Der Text liest sich streckenweise wie eine unmittelbare konzeptionelle Fundierung der EDUZIS-Schulen:

«Die Internetrevolution wird in wenigen Jahren auch die Formen des Lehrens und Lernens in öffentlichen Schulen grundlegend verändern. Lernen mit Smart Boards, elektronischen Plattformen und in Laptop-Lernumgebungen sind bereits heute in nicht wenigen Schulen Praxis. Die Lehrmittel werden sich in elektronische Aufgabekulturen verwandeln, die mit Rückmeldesystemen verbunden sind. Die Schülerinnen und Schüler lernen nach individuellem Tempo und damit auch unabhängig von einem schulisch vorgegebenen Zeittakt. Die Lernfortschritte werden dokumentiert und transparent gemacht, das gilt ebenso für die von den Schülerinnen und Schülern angefertigten Produkte.» (Oelkers, 20)

Sozialer Selektivität entgegenwirken

Jürgen Oelkers verweist in seinem Text auch darauf, dass von den SchülerInnen selbst regulierte Lernformen dazu tendieren, herkunftsbedingte Ungleichheiten zu reproduzieren und weiter zu vergrössern. Während SchülerInnen aus «bildungsnahen» Elternhäusern oftmals bereits von Beginn an die entsprechenden Kompetenzen und die Motivation mitbringen, ihre Lernprozesse selbst zu steuern, fällt dies unterprivilegierten Kindern und Jugendlichen ungleich schwerer. Um dem entgegenzuwirken und die produktiven Aspekte der offenen Lernformen zu nutzen ohne die soziale Selektivität mit diesen zu vergrössern, braucht es durchdachte Lernsettings. Nach eigenem Bekunden arbeiten die EDUZIS-Schulen an solchen «Lernsettings in Fach- und pädagogischen Teams, um unseren Lernenden ein optimales Lernen im 21. Jahrhundert zu ermöglichen [...] Wir sind auf dem Weg, setzen um, analysieren, verbessern und lernen.»⁴

Ebenfalls auf der Homepage aufgeschaltet ist ein Film des Lehrers Davide Carls, in dem verschiedene SchülerInnen befragt werden, wie sie ihre Schule finden. In der Tendenz besonders von diesen geschätzt werden die Freiheiten beim Lernen im Office, aber auch die Instrumentarien wie zum Beispiel das Lernbuch und die Agenda, mit denen die SchülerInnen ihr Lernen steuern und kontrollieren können. So verweist eine Schülerin, darauf, dass die von den SchülerInnen selbst vorgenommene Dokumentation ihres Lernstands mittels «Kann-Liste» es den Lehrpersonen ermögliche, bei Bedarf gezielt zu helfen. Auch die Möglichkeit in Fachberatungen oder in Coaching-Gesprächen individuellen und direkten Austausch mit den Lehrpersonen zu haben, wird von den SchülerInnen für sehr wertvoll befunden.

Kein Abschluss ohne Anschluss

Besondere Aufmerksamkeit widmen die EDUZIS-Schulen auch dem Übertritt an weiterführende Schulen oder in die Berufsschule. Die Quote für den Übertritt an das Gymnasium und die Berufsmaturitätsschule liegt zusammengefasst bei circa acht bis zehn Prozent. Erst unlängst wurden die Vorbereitungs- und Förderkurse der Schule optimiert. Sandra Monroy ist der Ansicht, dass auch die Neuausrichtung in diesem Bereich für die höheren Erfolgsquoten bei den aktuellen Aufnahmeprüfungen verantwortlich ist: So haben 2019 zwölf der 18 Schülerinnen und Schüler, die die entsprechenden Vorbereitungskurse besucht haben, auch die Aufnahmeprüfung zum Gymnasium bestanden, was mit einer Erfolgsquote von 66.6 Prozent deutlich über dem kantonalen Mittel liegt. Auch haben 2019 sieben von 16 Schülerinnen und Schüler, die an den Vorbereitungskursen zur Berufsmaturitätsschule teilnahmen, die BMS-Aufnahmeprüfung bestanden.

Aufgrund dieses Ergebnisses sehen sich die EDUZIS-Schulen, so Sandra Monroy, darin bestärkt, die Prüfungsvorbereitung weiterhin in dieser Form anzubieten. Doch die Übertrittsquoten an BMS und Gymnasium sind nicht die entscheidenden Kriterien für die Qualität einer Schule. Letztlich, und darin sind sich Schulleiter und Schulpflegepräsidentin einig, gehe es darum, für jede Schülerin und jeden Schüler eine adäquate Anschlusslösung zu finden. Und im Schulbezirk Dielsdorf ist dies traditionell bei vielen Jugendlichen nach wie vor die Berufslehre. ■

1 Die emanzipatorischen Potentiale des Gebrauchs von digitalen Medien im Unterricht betont etwa Michel Serres (vgl. vpod bildungspolitik 205, «Mit digitalem Knowhow Platons Höhle verlassen», S. 6-7). Ein Beispiel für fundamentalen Kulturpessimismus hinsichtlich methodischer und technologischer Unterrichtsinnovationen

nen scheint mir das gerade erschienene Buch des Psychiaters Michael Winterhoff, «Deutschland ver dummt», darzustellen.

2 Am Besuch der EDUZIS-Schule Seehalde nahm neben mir noch Katrin Meier, Primarschullehrerin und Präsidentin der VPOD-Sektion Lehrberufe Zürich sowie der Verbandskommission Bildung, teil.

3 Download unter: eduzis.ch/unsere-schule/vertiefung/lernen/. Der Text stellt eine Verschriftlichung eines Vortrags in der Schule Moosseedorf am 15. Oktober 2012 dar.

4 Ebd.: eduzis.ch/unsere-schule/vertiefung/lernen/



In den Schulen angekommen

Digitale Werkzeuge und Materialien schaffen im Unterricht neue Möglichkeiten. Dies ist bereichernd, aber neben allen Veränderungen bleibt doch auch vieles gleich.

Von Katrin Meier

Vor nicht allzu langer Zeit standen die Fragen im Zentrum: «Braucht jede Schülerin und jeder Schüler ein eigenes Tablet?» oder «Gehören Medien und Informatik in die Lektionentafel?» Heute ist im Kanton Zürich mit der Umsetzung des Lehrplan 21 das Fach Medien und Informatik in – und ab Sommer 2019 ab – der 5. Klasse fixer Bestandteil im Stundenplan und in vielen Gemeinden dürfen Schülerinnen und Schüler der 5. Klasse einen Schullaptop ihr Eigen nennen, zumindest leihweise bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit. Die Digitalisierung ist definitiv in der Schule angekommen.

Hardwarefragen

Teilweise digitalisierte Lehrmitteleile für die Lehrerinnen und Lehrer, Computer für die Schulzimmer und Lernapps für die Schülerinnen und Schüler haben schon länger in den Schulen Einzug gehalten. Nun wird mit den neusten Technologien auf- aber auch schon nachgerüstet, je nach Möglichkeiten der Gemeinden in unterschiedlicher Qualität und Quantität. Mit einiger Skepsis habe ich dieser Entwicklung entgegengesehen.

Das Bereitstellen der notwendigen Infrastruktur liegt in der Verantwortung der einzelnen Gemeinden, eine Verpflichtung, die insbesondere bei der ICT in Zukunft wesentlich teurer wird. Dies hat zur Folge,

dass in den einen Gemeinden – wie beispielsweise in der Stadt Zürich für die 5. und 6. Klasse – jedem Kind leihweise ein Tablet oder ein Laptop zu Verfügung gestellt wird, in anderen Gemeinden aber das Prinzip BYOD (Bring Your Own Device) gilt.

BYOD bedeutet, dass die Schülerinnen und Schüler ihre eigenen mobilen Computer wie Smartphones, Notebooks oder Tablets in die Schule mitbringen, um damit zu arbeiten und zu lernen. Auch wenn vorab die wichtigsten Fragen betreffend Sicherheit oder Trennung von privaten und schulischen Daten geklärt werden, wiegt der eine Vorteil, dass die Kinder und Jugendlichen so auf den ihnen schon bekannten Geräten arbeiten können, die vielen Nachteile aus meiner Sicht nicht auf. Ich stelle mir vor, wie die Schülerinnen und Schüler auf ihren Smartphones Texte schreiben oder formatieren: Auch wenn ihre jungen Augen noch um ein Vielfaches besser sind als meine, ist die Anwendung von Textverarbeitungsprogrammen auf so kleinen Bildschirmen nicht gerade sinnvoll. Ich kenne natürlich auch Lernapps, welche problemlos auf einem Handy anwendbar sind. Trotzdem ist mir die Vorstellung, dass in meinem Schulzimmer mehrere verschiedene Betriebssysteme aktiv sind, die ich, sollten sie nicht funktionieren, zum Laufen bringen sollte, nicht geheuer.

Das Hauptargument, welches gegen BYOD spricht, ist aber der im Volksschulgesetz festgehaltene Grundsatz, dass die Volksschule unentgeltlich ist. Auch wenn den Kindern, die kein Gerät von zu Hause mitbringen können, eines zu Verfügung gestellt wird, werden sich Eltern unter Druck gesetzt fühlen. Wer will denn nicht das beste und neuste mobile Gerät für sein Kind? Oder umgekehrt gefragt: Welches Kind möchte mit dem allenfalls etwas langsamen, leicht veralteten Computer der Schule lernen?

Durch meine Arbeit an einer altersdurchmischten Mittelstufe bin ich ab dem kommenden August in der komfortablen Lage, dass immer etwa zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler ein geliehenes Tablet besitzen. In diesem Jahr besitzen erst die Schülerinnen und Schüler der 5. Klasse, also ein Drittel, ein eigenes, diese werden zum Glück von den Fünftklässlerinnen und -klässlern mit den Kindern der ganzen Klasse geteilt, so dass wir auch jetzt schon meistens genügend Geräte zu Verfügung haben. Im Gegensatz zu vor einem Jahr bin ich heute der Meinung, dass das Verhältnis Computer zu Kind mit 1:1 natürlich toll wäre, dass es aber mit 2:1 ebenfalls reichen würde. Ich hätte jedenfalls lieber pro zwei Kinder ein hochwertiges Tablet, also Qualität statt Quantität!

Bildschirmzeit begrenzen

Von Fachkräften wird Eltern empfohlen, mit ihren Kindern Bildschirmzeiten festzulegen, also gemeinsam abzumachen, wie lange das Kind pro Tag oder in der Woche am Bildschirm sitzen darf. Wenn man sich nach den Empfehlungen diverser Ratgeber richtet, dürfen Kinder im Primarschulalter zwischen 30 bis 60 Minuten täglich erst einmal TV und die dazugehörigen Webseiten von Fernsehsendern auf dem Computer nutzen, ab dem

«Bildschirmzeiten in der Schule? Wenn die Kinder alle Angebote der Schule nutzen würden, würden sie die zeitlichen Empfehlungen der Ratgeber jetzt schon um das drei- bis vierfache übersteigen [...]»

Alter von zehn Jahren kommen Smartphone, Spielkonsole oder Tablet dazu. Wenn diese Angaben für zu Hause sinnvoll sind, und davon gehe ich aus, haben die Schulen mit diesen Werten ein Problem: mit den neuen Lehrmitteln sind die Schülerinnen und Schüler in vielen Fächern während der Schulzeit und den Hausaufgaben ebenfalls am Bildschirm. Am Beispiel des neuen Lehrmittels «Dis Don!» im Fach Französisch lässt sich bestens aufzeigen, was unsere Schülerinnen und Schüler alles am Bildschirm machen können. Zu fast jeder Seite im Schüler_innenbuch findet sich in der digitalen Ausgabe des Lehrmittels zusätzliches Material. Hier können die Kinder Texte und Verse hören und mitlesen, Filme ein zweites Mal schauen, zu jeder einzelnen Kompetenz mindestens eine Online-Übung lösen, Lieder anhören und mitsingen, mittels Spielen Wörtchen lernen und zum Schluss können sich die Schülerinnen und Schüler mit dem «Bilan électronique» auf die Lernzielkontrolle vorbereiten. Diese Angebote sind eine tolle Ergänzung zum gedruckten Lehrmittel, keine Frage, über die Menge hingegen lässt sich diskutieren. Eine Nebenerscheinung der Digitalisierung der Lehrmittel: Übereifrige Eltern können sich sämtliche Arbeitsblätter und Lernspiele zum zusätzlichen Üben auch zu Hause ausdrucken.

Aber nicht nur Französischübungen zum vorher gemeinsam erarbeiteten Schulstoff, sondern auch Kopfrechnen im individuell gewählten Zahlenraum, Tutorials im Fach Natur, Mensch, Gesellschaft oder das Englischwörtchenlernen mit Quizlet erfolgt am Computer. Logischerweise sind die Schülerinnen und Schüler auch während den Lektionen im Fach Medien und Informatik die meiste Zeit an den Screens, denn die

«Unplugged»-Lektionen machen nur einen kleinen Teil der Lektionen aus, und auch das fächerübergreifende Arbeiten an den digitalen Kompetenzen erfolgt sinnvollerweise an den Tablets. Bildschirmzeiten in der Schule? Wenn die Kinder alle Angebote der Schule nutzen würden, würden sie die zeitlichen Empfehlungen der Ratgeber jetzt schon um das drei- bis vierfache übersteigen, obwohl die neuen, digitalen Lehrmittel erst am Entstehen sind!

Unterstützen, aber nicht ersetzen

Natürlich sehe ich in den digitalen Werkzeugen und Materialien viel Positives! Einiges an Arbeit, insbesondere beim Individualisieren von Aufgaben und Lernwegen, wird mir als Lehrerin vereinfacht. Die Schülerinnen und Schüler können ihr Tempo sowie den Schwierigkeitsgrad und die Art der Aufgaben selbst auswählen. Tutorials können jederzeit und immer wieder zum Lernen oder Repetieren angeschaut werden. Die Schülerinnen und Schüler eignen sich digitale Kompetenzen an, welche in der Berufswelt je länger je mehr gefragt sind und dass Lehren und Lernen vermehrt multimedial stattfindet, ist ebenfalls eine klare Bereicherung.

Mit Lernlupe auf der Primarstufe sowie dem Stellwerk und dem darauf aufbauenden Lernpass auf der Sekundarstufe haben zwei weitere computerunterstützte Lernsysteme die Schule fest im Griff. Stellwerk und Lernlupe überzeugen mit ihren adaptiven Aufgaben – beim korrekten Lösen der Aufgabe wird die darauffolgende Aufgabe schwieriger, bei falschen Antworten werden die Fragen einfacher. Eigentlich grossartig.... nein, nicht eigentlich, zum Lernen sicher gut geeignet. Aber helfen mir die Punktzahlen am Schluss beim Beurteilen der Schülerinnen und Schüler? Was ich mit Sicherheit weiss, ist, dass es keinen Algorithmus gibt, welcher einen Text interpretieren und beurteilen kann, dazu braucht es nach wie vor eine Leserin, welche den Text deutet und der Autorin oder dem Autor Rückmeldungen und Tipps für die Weiterarbeit gibt. Ich werde also auf keinen Fall überflüssig, als Lehrerin und Bezugsperson taugt der PC nämlich nicht, er kann mich nicht ersetzen, aber unterstützen.

Keep cool

Gelehrt haben mich das erste Jahr mit den eigenen Tablets für die Schülerinnen und Schüler und mit dem Fach Medien und Informatik, dass ich Neues in aller Ruhe auf mich zukommen lassen kann. Vieles regelt sich von selbst: die anfängliche Faszination der eigenen Tablets hat sich schon rasch gelegt. Zu Beginn waren die Tablets in den Pausen kaum mehr von den Pulten wegzudenken, unterdessen verschwinden viele in ihren Hüllen und tauchen nur vereinzelt zwischen

Fussball spielen, Bücher (keine e-books!) lesen, miteinander spielen und plaudern in der unterrichtsfreien Zeit auf. Im Unterricht sind gemeinsames Musizieren und Lernen, Theaterspielen, Sport und Gestalten immer noch spannende und unterhaltsame Lektionen, da gehört das Programmieren mit Scratch einfach zu einem von vielen Highlights.

Die Schule im digitalen Wandel – trotzdem ist vieles gleichgeblieben: Wie andere Abmachungen auch gehören Verträge zum «Umgang mit den Tablets» gemeinsam im Klassenrat erarbeitet und verschriftlicht. Inhaltlich stehen zum Schluss in etwa die gleichen Punkte drauf, wie beispielsweise auf den vorgedruckten Verträgen der Stadt Zürich. Der grosse Unterschied: Die Schülerinnen und Schüler kennen die partizipativ formulierten Regeln und verstehen sie auch, nicht nur sprachlich... die Regeln sind für die Schülerinnen und Schüler nachvollziehbar, das Einhalten Ehrensache.

Auch gleichgeblieben ist, dass ich meine Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg zu selbständigen, interessierten und in vielen Dingen kompetenten Jugendlichen begleiten und unterstützen darf. Neu kommt die Medienkompetenz hinzu, zu welcher drei Grundpfeiler gehören. Als erstes müssen die Schülerinnen und Schüler Medien kennen. Auch zukünftig sowohl Printmedien als auch elektronische Medien und sie müssen deren vielseitige Nutzungsmöglichkeiten kennen: sich austauschen, lesen, sich mitteilen, sich und andere informieren, spielen oder hören. Der zweite Grundpfeiler ist Medien verstehen. Kinder und Jugendliche müssen verstehen, wie Daten übertragen werden, sie müssen sich eine Basis an technischem Wissen erarbeiten. Die Schülerinnen und Schüler sollen verstehen, wo ihre Daten überall zu finden sind oder auftauchen können. Der dritte Pfeiler ist Medien beurteilen: Schülerinnen und Schüler müssen lernen, ihre diversen Quellen für Informationen kritisch zu hinterfragen, sie sollen ihren Medienkonsum beurteilen können und wissen, wie sie ihre eigenen Daten verwalten und diese – und somit auch sich selber – sichern können. Medien kennen, verstehen und beurteilen: Je besser und je früher diese drei Punkte besprochen, diskutiert und angewendet werden, desto besser können Schülerinnen und Schüler mit Medien bewusst und verantwortungsbewusst umgehen.

Digitaler Wandel? Das kriege ich hin, ich versuche, ganz gechillt Schritt zu halten! ■

Katrin Meier ist Präsidentin der VPOD-Verbandskommission Bildung, Erziehung, Wissenschaft und der Sektion Lehrberufe Zürich. Sie arbeitet als Primarschullehrerin in Zürich.



Von Beginn an digital

Ein Gespräch mit Jan Kirchmayr über die Herausforderungen der Digitalisierung im Schulunterricht. Von Johannes Gruber

Ich treffe den Kollegen Jan Kirchmayr im Café del Mundo im Basler Quartier Gundeldingen. Obwohl er erst 25 Jahre alt ist, unterrichtet Jan bereits seit 2015 an einer Baselbieter Sekundarschule, vor allem Geografie und Geschichte. Gleichzeitig studiert er diese Fächer an der Universität Basel. Nach Abschluss des BA entschloss sich Jan, noch den Masterstudiengang zu absolvieren. Die Begeisterung für die beiden Fächer ist auch eines der Motive, aus denen heraus er sich für den Beruf als Lehrer entschied. Wissen und Bewusstsein für Zusammenhänge an Jugendliche zu vermitteln, ist ihm ein echtes Anliegen. Nach Abschluss des Fachstudiums wird Jan die Pädagogische Hochschule besuchen und das Lehrdiplom für die Sekundarstufe 1 und 2 erwerben.

Neben seiner Berufstätigkeit und seinem Studium ist Jan Kirchmayr seit 2016 für die SP im Landrat, dem Baselbieter Kantonsparlament. Politisiert wurde er bereits in seiner eigenen Schulzeit am Gymnasium Münchenstein. Gegen das damalige Sparpaket der rechtsbürgerlich dominierten Regierung lancierte Jan zusammen mit Adil Koller, seinem damaligen Schulkollegen und derzeitigen Präsidenten der SP Basel-Land, eine Petition. In der Folge trat er den Juso und schliesslich der SP sowie dem VPOD bei. Seine politischen Schwerpunkte sind Verkehrs- und Bildungspolitik.

Ausstattung und Unterrichtspraxis

Als digital native hat Jan ein besonderes Sensorium für den Einsatz digitaler Geräte und Medien im Unterricht. Dieser ist jedoch noch nicht überall selbstverständlich. Dass in Basel-Land die Gemeinden für die Primarschulen zuständig sind, führt etwa dazu, dass die kommunale Finanzkraft über deren Ausstattung mit ICT entscheidet. Mit der Hardware allein ist zudem noch nicht viel erreicht, so Jan, insbesondere die Lehrpersonen über fünfzig sind oftmals mit den modernen Kommunikationstechnologien nicht besonders vertraut und brauchen Weiterbildungsangebote für deren Anwendung und Einsatz im Unterricht.

Bereits in seiner ersten Unterrichtsstunde liess Jan seine SchülerInnen per Smartphone

eine Rechercheaufgabe lösen. War dies vor vier Jahren für diese noch besonders motivierend, so gehört es heute zum Standard des Unterrichtens. Allerdings verbieten die Schulhausordnungen der Sekundarschulen im Kanton Basel-Land die Benutzung von Smartphones innerhalb des Schulhauses. Die Regelungen betreffen jedoch in erster Linie die Pausen, die Anwendung innerhalb des Unterrichts sei erlaubt, wenn auch manchmal eine Gratwanderung, wenn SchülerInnen sich in der Pause weiter mit dem Unterrichtsstoff beschäftigen möchten. Das ist dann nicht möglich.

«Bring your own device», also die Praxis, dass SchülerInnen ihre eigenen Geräte mit in den Unterricht nehmen, findet Jan ohnehin nicht sinnvoll. So stellen sich beim Einsatz von Geräten und Software unterschiedlicher Hersteller Probleme der Kompatibilität untereinander. Doch schon aus Gründen der Chancengleichheit sollten alle SchülerInnen während der obligatorischen Schule Geräte wie Laptop oder Tablets zur Verfügung gestellt bekommen. Im Moment stehen an der Sekundarschule, an der Jan unterrichtet, für drei Jahrgänge à sechs Klassen lediglich zwei Klassensätze an Laptops zur Verfügung. Da diese vorrangig für Fremdsprachen, Mathematik und Mint, für Projektarbeiten sowie für die Vorbereitung auf die standardisierten «Leistungschecks» eingesetzt werden, muss

gerade in anderen Fachbereichen teilweise auf die Arbeit mit Laptops im Unterricht verzichtet werden. Hier wäre eine Aufstockung mit Geräten sicherlich sinnvoll. Auch was die Lehrpersonen betrifft: Im Moment erhalten die Lehrpersonen in Basel-Land bei einer Anstellung von mehr als fünfzig Prozent lediglich eine Pauschale von 200 Franken pro Jahr, dafür, dass sie ihr eigenes Gerät mitbringen. Bei einem Anstellungsgrad unter fünfzig Prozent beträgt die Pauschale sogar nur 100 Franken jährlich, was natürlich nicht ausreicht, um die Kosten zu decken.

Eine 1:1-Ausstattung der SchülerInnen und Lehrpersonen mit Tablets (z.B. iPads oder Surfaces), die in einzelnen Kantonen respektive Schulen bereits stattfindet, würde jedoch viele Fragen aufwerfen hinsichtlich Wartung, Haftung, Datenschutz und Verwendung der Geräte zuhause. Gleichzeitig wäre 1:1 eine Herausforderung für den Unterricht. Für einen solchen Wandel, so Jan, müssten auch die Rahmenbedingungen stimmen, es bräuchte systematische Fortbildung für alle Lehrpersonen und IT-Lektionen für die SchülerInnen – bereits vorgängig in der Primarschule. Obwohl die SchülerInnen alle digital natives sind, ist es mit deren digitalen Kompetenzen teilweise nicht so weit her: So manche in der 8. oder 9. Klasse wissen nicht, wie man ein Word-Dokument abspeichert oder haben grosse Mühe, ein Dokument vom Server auf den Laptop zu holen, damit es bearbeitet werden kann. Als Fachlehrer sieht es Jan nicht als seine Aufgabe an, solche digitalen Grundkompetenzen zu vermitteln. Bereits jetzt erwartet er von seinen SchülerInnen, dass sie für Referate mit den Programmen «Word» und «Power-Point»-umgehen können sowie dass diese ihm die Präsentationen vorgängig per E-Mail zusenden. Wer allerdings zuhause nicht die nötigen Geräte beziehungsweise einen Online-Zugang hat, kann die Dokumente nach wie vor auch auf Papier abgeben.

Digitale Medien im Unterricht können sehr motivierend für die SchülerInnen sein, so gibt es gerade im Bereich der Fremdsprachen bereits vielfältige Lernprogramme. Besonders spannend finden Jan zufolge die SchülerInnen Anwendungen wie etwa ein Online-Quiz, in dessen Rahmen Fragen mittels Beamer projiziert werden, und die Jugendlichen dann auf ihren Geräten die Antworten eingeben. Auf diese Weise, so Jan, kann man sie bei einem Thema, das sie zu Beginn vielleicht nicht besonders interessiert, eher abholen als mit etwas Anderem. Auch wenn Jan vor allem die Chancen für den Umgang mit digitalen Medien im Unterricht sieht, ist ihm bewusst, dass etwa der Laptop mit Onlinezugang während des Unterrichts für die SchülerInnen auch ein enormes Ablenkungspotenzial hat.

Medienreflexionskompetenz und Umgang mit Mobbing

Da Online-Medien heutzutage bereits die Lebenswelt von Neunjährigen prägen, wie Jan ausführt, ist deren Einbezug in den Schulunterricht zwingend. Die Kinder und Jugendlichen von heute wachsen in einer Bilder- und Kommunikationsflut auf und müssen lernen, damit sinnvoll umzugehen. So ist es eine Herausforderung für 15- bis 16-Jährige, zu lernen, dass die Medienberichterstattung differenziert und kritisch betrachtet werden muss. Jan erwähnt als Beispiel, dass ein Schüler ihm eine Schlagzeile aus dem Internet rapportierte, dass der beliebteste Jungename in Berlin 2018 «Mohammed» gewesen sei. Tatsächlich war dies aber «Emil», die im Netz von Akteuren verbreitete Aussage sollte wohl Ängste vor Zuwanderung schüren, indem sie Ergebnisse einer Statistik verzerrt wiedergab (So war Mohammed nur der häufigste Erstname unter den Jungen mit mehreren Vornamen).

Heute holen sich die SchülerInnen, so Jan, die Informationen vor allem aus den social

media, am häufigsten wohl von Instagram. Jan unterrichtet teilweise auch das Fach Deutsch, das er im Nebenfach studiert, in dem auch Medienpädagogik vermittelt wird. So thematisierte er mit seinen SchülerInnen die Unterschiede von Medienarten: etwa dass ein Blog subjektiv formuliert ist und in diesem die jeweilige Meinung nicht abgesichert sein muss, dagegen eine Veröffentlichung in einer seriösen Tageszeitung zwingend auf nachprüfbaren Fakten basiert. Auch 15- oder 16-Jährige tun sich mit solchen Unterscheidungen oft noch schwer. Darüber hinaus die Berichterstattungen politischen Standpunkten zuzuordnen, das können in der Regel nur P-SchülerInnen, die in der 8. Klasse bereits Staatskunde hatten. Als Lehrer versucht Jan die Nutzung klassischer Informationsportale wie der «Tagesschau» im Fernsehen oder einer klassischen Tageszeitung zu fördern, indem er etwa Bonusfragen in Prüfungen einbaut, die sich auf diese beziehen.

Social media bestimmen jedoch auch die alltägliche Kommunikationsweise der SchülerInnen untereinander. Viele von ihnen

machen Erfahrungen mit Cybermobbing. Jan führt als Beispiel Whatsappgruppen an: Kinder und Jugendliche werden zuerst in diese aufgenommen, dann fertiggemacht und schliesslich wieder hinausgeworfen. Dazu gehören unvorteilhafte Fotos oder Filme, die die Betroffenen lächerlich machen sollen. Das Phänomen schwappt Jan zufolge sogar immer mehr auf die Primarstufe hinüber. Als Lehrer ist er froh, dass sich die Schulsozialarbeit um Betroffene kümmert und diesen beratend zur Seite steht. Im Deutschunterricht hat Jan auch schon ein Buch über Cybermobbing mit der Klasse gelesen, in dem sich ein Mobbingopfer beinahe umbringt. Parallel zur Lektüre und in Abstimmung mit dem Unterricht hat die Schulsozialarbeiterin Prävention betrieben. «Man fragt sich immer, wieviel das bringt, aber man muss es versuchen», meint Jan. Und die Bildungspolitik sollte dafür sorgen, dass den Schulen das dafür nötige Know-How und die Ressourcen zur Verfügung stehen. ■

Ruedi Lamberts Wandtafel





Medienschau

Auszüge des Beitrags «Rosarote Elefanten» von Ina Müller im Magazin PS vom 24.5.19 über die Nummer 211 der vpod bildungspolitik.

Ein tolles Heft hat der vpod mit der «Bildungspolitik» Nr. 211 vom Mai 2019 vorgelegt: Lauter Beiträge zur Geschlechtergerechtigkeit und zum Frauenstreik – grossartig! Leider trüben ausgerechnet zwei Beiträge von Männern das Bild. Schade...

Zum Thema der schlechten schulischen Leistungen der Knaben wärmt Daniel Weibel kalten Kaffee auf: Zu viele weibliche Rollenvorbilder hinderten Knaben daran, ihr Potential zu entfalten [...] Erhellend an Weibels Text ist einzig dies: Zu seiner Schulzeit wurde offenbar die Sekundarschulquote der Mädchen nach unten frisiert, indem sie beim Übertritt einen 5% höheren Durchschnitt erzielen mussten...

Eine einleuchtende Erklärung zum seltsamen Missverhältnis der schulischen Leistungen zu den späteren Löhnen von Mädchen/Frauen findet sich im Artikel von Thomas Ragni: «Die Knaben ... wissen vermutlich intuitiv schon sehr früh, dass sie auch im künftigen Berufsleben bevorzugt

behandelt werden und sie es deshalb auch mit weniger Anstrengung und kleinerem Schulerfolg weiter als die Mädchen bringen werden». Schade nur, was er im weiteren aus Marxens These folgert, wonach «der Marktwettbewerb in search for talents and excellence» zwingend kulturell und national differenzierte Formen der Diskriminierung zum Verschwinden bringe. [...]

Die Geschlechterdiskriminierung erscheint so als Frauenproblem oder als Naturgesetz, dem Männer machtlos gegenüberstehen. Der grosse rosarote Elefant, der durch beide Artikel trampelt und geflissentlich übersehen wird, heisst jedoch: Männer müssen mehr Familienarbeit leisten, und typische Frauenberufe (wie etwa Primarlehrerin) müssen besser bezahlt werden. Dann ergeben sich nichtdiskriminierende Löhne von selbst. ■

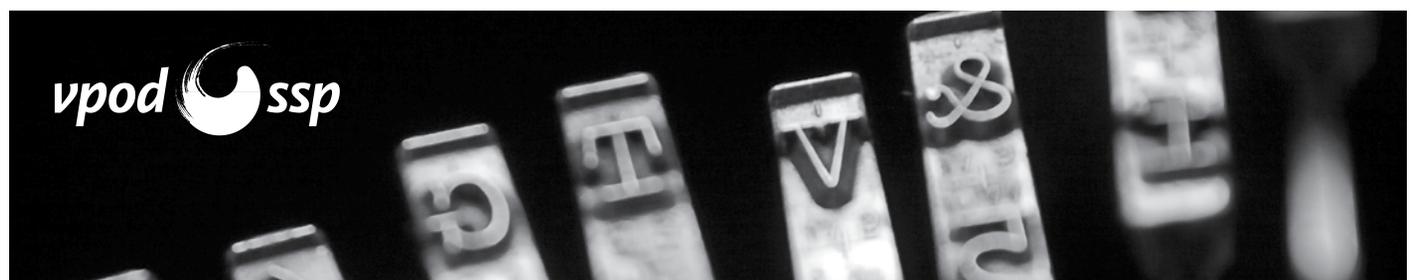
LeserInnenbrief

vpod bildungspolitik 211, Seite 12-14.

Es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Danke für den vielschichtigen und lehrreichen Artikel von Thomas Ragni «Wie schulischer Erfolg zu beruflichem Misserfolg führt» im Heft 211. Mein Mathe-Lehrer artikuliert seine Gender role beliefs deutlich. Er sagte mir im Unterricht offen ins Gesicht, er glaube nicht, dass ich diese schwierige Aufgabe alleine gelöst hätte, als ich einmal als einzige das korrekte Resultat hatte. Ich war in dieser Maturaklasse eines von nur zwei Mädchen.

Karin Vogt, Basel



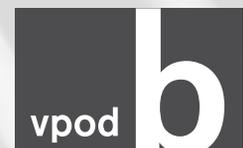
Zur Verstärkung unserer Redaktionsgruppe suchen wir engagierte VPOD-Mitglieder, die Erfahrung im Bildungsbereich haben. Willkommen sind dabei Lehrende aus allen Bildungstufen.

Die Redaktionsarbeit besteht vor allem aus der gemeinsamen Erarbeitung von Konzepten für Themenschwerpunkte. Wichtig sind im Konkreten auch Vorschläge von Artikeln und AutorInnen sowie das Schreiben von Textbeiträgen. Die Redaktion trifft sich circa viermal jährlich.

Wir würden uns über jede Form von Mitarbeit freuen.

Bitte meldet euch unter:

redaktion@vpod-bildungspolitik.ch



Neoliberal
e Reform
blablaba

Bologna
blabla
Reform
blablaba



20 Jahre Bologna

Was es bedeutet, unter dem Bologna-System studieren zu wollen und warum wir uns endlich wieder Handlungsfähigkeiten erarbeiten sollten. Von Ulrike Kiessling

20 Jahre Bologna-Reform – eines der langweiligen Themen der Welt. Als ich im Mai 2018 kurz vor meinen Masterprüfungen eine Buchhandlung in Basel betrat, staunte ich nicht schlecht, ein Exemplar des 2016 erschienenen Werkes «Die entzauberte Universität» desselbigen Ex-Rektors der Uni Basel zu entdecken, der an der Etablierung des Bologna-Systems an der Universität Basel massgeblich beteiligt war: «Europäische Universitäten sind in der Defensive. Politik und Wirtschaft setzen sie unter Druck. Sind Professoren und Studierende zu leise – oder Rektoren zu mächtig geworden?», fragt Antonio Loprieno, als ob nicht er zu mächtig geworden war, als ob nicht auch er Professoren oder Studis zum Verstummen gebracht hätte.

«Man muss endlich aufhören, Bologna als Religion zu betrachten, zu der man sich bekennt oder nicht bekennt. Bologna ist an unseren Universitäten Realität.»

(Antonio Loprieno)

Es begann im Jahre 2009, als wir zum zehnjährigen Jubiläum der Bolognareform-Verträge, wie zigtausende Student_innen Europa- und weltweit, die Aula der Universität Basel besetzten, um auf die Missstände aufmerksam zu machen, die eine Neoliberalisierung der Universität mit sich brachte. Ex-Rektor Loprieno benennt in seinem Buch zwei Paradigmenwechsel der «Europäischen» Universität. Einmal setzt er 1968 als Zäsur, hin zu einer Emanzipatorischen, und 1999 mit dem Einsetzen der Bologna Deklaration hin zu einer Vergesellschaftlichten Universität. Vergesellschaftung heisst laut Loprieno, dass Interessen von Anspruchsgruppen an die Universität herangetragen würden, die aus «der Gesellschaft,» nämlich aus Politik, Kultur und Wirtschaft kämen. Diese würde man jetzt stakeholders nennen, und der Elfenbeinturm Universität, die intellektuelle Elite und graue Eminenz, würde der «Gesellschaft» weichen, die Uni wäre seit der Bologna-Reform niederschwelliger zugänglich. Dies hätte für alle Veränderungen mit sich gebracht, besonders für die Student_innen. Diese Student_innen würden sich jedoch aufgrund von nostalgischen Gefühlen leiten lassen. Man solle diesen Veränderungen nun nicht ideologisch entgegenstellen, sondern offen sein für die Bedürfnisse der Gesellschaft.

«Ich bin mir nicht sicher, ob die unternehmerische Universität nachhaltig für unsere Gesellschaft ist.»

(Antonio Loprieno)

Diesen Paradigmenwechsel, den Loprieno gern als Vergesellschaftung benennen möchte, haben wir 2009 als Ökonomisierung, Ausverkauf von Bildung, Vermarktlichung und Verschulung beschrieben. Ein stakeholder ist immer noch eine Person mit Interessen am eigenen Business und nicht für eine gesellschaftliche demokratische Wertegemeinschaft. Aber hören wir auf über Bücher von Ex-Rektoren zu sprechen und kommen wir zurück zum Thema: 20 Jahre Bologna – eines der langweiligen Themen der Welt. Was bisher geschah:

«Non vitae sed scholae discimus» (Seneca)

2009 haben sich in Basel Student_innen unter Solidarisierung des Mittelbaus, Professor_innen und Angestellten unter dem Sammelsorium #unsereuni und #unibrennt versammelt und die Universität besetzt. In ganz Europa (auch in einigen Schweizer Städten) und darüber hinaus haben sich Student_innen dieses politischen Mittels bedient, um sich Zeit und Raum zu nehmen, in einem zunehmend gestressten Universitätsalltag Forderungen aufzustellen, die uns «damals» noch normal erschienen, und heute, zehn Jahre später, dank Normalisierung, Naturalisierung und Etablierung eines Systems, das auf Ungleichheit beruht, wahrscheinlich nicht mehr denkbar sind:

(1) Gegen eine Verschulung der Uni durch Kreditpunkte (einer rein quantitativen «Leistungsbestimmung»), Anwesenheitskontrollen und einem erhöhten bürokratischen Aufwand, durch Anhäufung von vermehrten Prüfungen, die eine Alibi-Übung sind für etwas. Doch für was, weiss niemand.

(2) Abschaffung des Universitätsrates (einer Art Verwaltungsrat) und damit des neu etablierten unternehmerischen Führungsstils der Universitäten.

(3) Streichung von Studiengebühren, Schluss mit sozialer Selektion bzw. Forderung von einem niederschwelligeren Zugang zu Universitäten. Auch durch eine Schein-Objektivität, durch angebliche Messbarmachung im Rahmen der Bologna-Reform wurden die Hürden nicht abgebaut.

(4) Wiedereingliederung des damals frisch outgesourceten Catering-Personals und des Putzpersonals.

Nichts Geringeres als all das wurde von #unsereuni gefordert. Kurz darauf bildete sich aus den eigenen Reihen eine Gruppe #eureuniistauchunsereuni, von Leuten, die Widerstand gegen den Widerstand leisteten, die Angst hatten, Prüfungen nicht bestehen zu können, weil die Wirtschaftsvorlesung, die aufgrund der zu hohen Student_innenzahlen in der Aula stattfinden musste, sonst ausgefallen wäre oder die Besetzen als politische Methode nicht anerkannten. Kurz: Es ging um die Fragen nach Solidarisierung, darum, ob man den parlamentarischen Weg beschreiten sollte über die neutrale Student_innenvertretung Skuba, Fragen, wie man Widerstand leisten könnte und sollte in einem System, das unaufhaltsam erschien. Bologna. Oh du Studienreform.

«Aufruf und Bekenntnis zum Glauben an die Universität und, in ihr, zum Glauben an die Humanities von morgen»

(Jaques Derrida)

Zurück zum Thema. 2009 hatte die «vpod Bildungspolitik» (Ausgabe 159) «10 Jahre Bologna Erklärung, Die Schweizer Hochschulen im «Europäischen Hochschulraum»» zum Thema. Hier wurde alles abgehandelt, was relevant zu sein schien. Es wurde beispielsweise aufgezeigt, inwiefern durch «Tenure-Track-Professuren» der Wettbewerb als Herrschaftstechnik gezielt hergestellt wird, welche Anforderungen mit derartigen Strukturen an Nachwuchswissenschaftler_innen überhaupt erst zustande kommen und inwiefern dieser neue Typus von Subjektivität, der «Homo oeconomicus», das unternehmerische Subjekt, das sich in einem Wettbewerb bewährt, dafür geschaffen wurde. Es wurde aufgezeigt, inwiefern die Transformation des Hochschulwesens untrennbar mit dem politischen Projekt des Neoliberalismus verknüpft ist, der die Durchsetzung einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zum Ziel hat, dessen marktwirtschaftlicher Wettbewerb hier im Zentrum steht. Ausserdem wurde gezeigt, inwiefern das Menschenbild des Neoliberalismus davon geprägt wäre, dass Menschen als Unternehmer_innen miteinander konkurrierten. Diese Sätze sind zum Allgemeinplatz geworden.

Vor zehn Jahren wurde all die Kritik ausformuliert, der ehemalige Rektor, der mit seiner ehemaligen Kernkompetenz als Leiter der Schweizerischen Rektorenkonferenz an der Implementierung der Reformen schweiz-

weit und spezifisch an der Uni Basel beteiligt war, hat seine Memoiren geschrieben und sein Wirken für das Bücherregal kritisch in Frage gestellt. Das Problem bleibt. Viel Neuigkeiten der Kritik gibt es (noch) nicht.

Der Zusammenhang von spezifischen Wirtschaftssystemen, deren Wechselwirkung und Relationen zum Bildungssystem sind immer noch klar sichtbar. Allein schon das Vokabular, das hierfür geschaffen wird, um Qualitätsstandards und Messbarkeiten herzustellen, verweist eindeutig auf die komplexen Kompetenzen, die zuverlässig hergestellt und dann wiederum summativ erfasst werden müssen. Als Tool für Evaluationen summativer Lernerfolgskontrollen kann gerade auch für den Fachbereich Wirtschaft das Constructive alignment hinzugezogen werden. Dank des Constructive alignments können nicht nur Teaching-learning-activities in ihrem Kerngehalt abgestimmt werden, sondern auch Assessments mit ihren intendierten Learning Outcomes. Total praktisch. Es wäre nur allzu konsequent, die Bologna-Reform selbst zu einem kompetenzorientierten Studiengang zu erklären. 20 Jahre Bologna stellt auch Fragen nach authentischen, kompetenzorientierten Online-Prüfungen und deren technisch orientierten Umsetzungen, nach Validierung und Zertifizierung von Projekten und Praktika. Absolvent_innen sollen ihre employability-Kompetenzen erhöhen. Diese Sätze sind noch nicht zum Allgemeinplatz geworden.

Es ist an der Zeit, Handlungsfähigkeiten zurückzugewinnen und mit Kreativität (das heisst irgendetwas, das uns bisher noch nicht in den Sinn kam) der neoliberalen Naturalisierung entgegenzuwirken bzw. bildungspolitische Perspektiven zu erfinden, statt, wie gesagt, Texte vergangener Rektoren zu lesen. Wie kommen wir an ein gesellschaftlich emanzipatorisches Potential von Bildung, ohne dieses Ziel als elitäres Ideal zu relativieren und wie kommen wir an ein Vokabular, das uns nicht so sehr langweilt, weil wir es selber nicht mehr hören können, zehn Jahre oder zwanzig Jahre die gleiche Kritik rauszulassen? Wie können wir verhindern, dass es an den Bologna-Hochschulen vorkommt, dass am Ende sechs Jahre im Bachelor damit verbracht werden, uns auf das Bachelor-System einzustimmen, Prüfungsordnungen und Merkblätter zu studieren, so dass man das Gefühl bekommt, das herausforderndste am Studium wäre, die Reihenfolge der zu belegenden Pflichtmodule zu erlernen und das Anmeldeverfahren für den Abschluss zu

verstehen. Wir kennen es alle: die panische erste Frage, nach den Anwesenheitskontrollen und Leistungsüberprüfungen.

«Ich schwör', ich werde die längste Langzeitstudentin, die Bologna je gesehen hat.»

(Ulrike Kiessling)

Die Dialektik von employability und dem emanzipatorischen Potential von Bildung habe ich an meinem eigenen Exempel statuiert. (Das heisst auch in meiner Brust schlagen zwei Seelen): Einerseits war ich die kritische Studentin, die sich weder von Bologna noch von Kreditpunkten stressen lässt, sondern ganz nach eigenem Gusto den Neigungen entlang studiert, immer auf der Suche nach dem outburst von Reizen und Horizonterweiterungen, nach dem Gefühl mal wieder Dinge um die Ecke gedacht zu haben, die man sich nie hätte in kühnsten Diplomen erträumen lassen und die weder in Kreditpunkten noch in Gold aufzuwiegen sind. Andererseits kommen gerade die Student_innen, die ihr Studium selbst finanzieren müssen, nicht dazu, ihre Träume zu träumen, weil immer die Gefahr besteht, am Druck zu scheitern, wir schlaflose Nächte der Existenzängste und Geldsorgen haben, jeden Gelegenheitsjob annehmen müssen, Seminare verlieren, weil wir öfter als zwei mal gefehlt haben oder gar nicht erst teilnehmen konnten. Immer im Wissen des Privilegs, das wir uns nehmen, studieren zu wollen. «Andere haben ja auch...» und so weiter und so fort.¹

«Studenten sind Opfer auf Lebenszeit – Student zu sein ist kein gutes Gefühl – Studenten brauchen mehr Studiengebühr»

(Antilopengang)

Geradlinig, zielstrebig, mit Eloquenz in die Arbeitswelt: all das blieb mir von meiner selbst verwehrt. Meine eigenen Erfahrungen mit der Bologna-Universität sind folgende: Zuerst habe ich drei Jahre gebraucht, um zu verstehen, was studieren überhaupt ist bzw. sein kann. Als die ersten Kommilitonen ihren Bachelor abgeschlossen haben, habe ich erst einmal das Fach gewechselt. Kurz vorm Master-Abschluss habe ich dann mein Interesse entdeckt und wiederum beide Studienfächer gewechselt. Obwohl ich bereits mehr als genug Kreditpunkte für die Prüfungsanmeldung gesammelt hatte, habe ich Auflagen in

der Höhe von 60 Kreditpunkten bekommen – formal ein Drittel des BA-Studiums. Da ich nicht nachweisen konnte, dass ich die richtigen Bücher schon gelesen habe, musste ich nochmal Einführungsveranstaltungen besuchen, aber egal.

Eines Tages bekam ich vom Dekanat die Nachricht, dass Studentinnen, die in der Studienordnung vor 2013 mit dem Studium begonnen hatten, noch drei Monate Zeit hätten, um sich für den Master anzumelden, da wieder einmal die Studienordnung komplett neu überarbeitet worden wäre und man sich sonst exmatrikulieren müsste, um sich in der neuen Ordnung anzumelden. Eine andere Möglichkeit gäbe es aus bürokratischen Gründen nicht, da das System umgestellt würde, und man das System nicht umgehen könne. Also musste ich noch eine Seminararbeit als Auflage schreiben, und zwei in meinem anderen Fach, um mich für die Masterarbeit anmelden zu können. (Es ist im Studium ein bekanntes, verbreitetes Phänomen, dass man es versäumt, die Arbeiten rechtzeitig zu schreiben.) Und noch eine weitere Seminararbeit machte mir die Bologna-Bürokratie zur Auflage.² Nach zusätzlichen 4 Seminararbeiten, 1 Masterarbeit und neun Monate später stand ich kurz vor der Einlieferung in die psychiatrische Klinik. Einzig das Wissen, dass ich wahnsinnig weiss und wahnsinnig privilegiert und irgendwie auch selber schuld war, gab mir das Gefühl der Erhabenheit, das Leute mit Privilegien gern dazu führt, auch dieses Problem problemlos zu überleben. Ich hatte also noch drei Wochen Zeit, um mich adäquat auf meine Prüfungen vorzubereiten, die ein Niveau hatten, wie ich es in meiner gesamten Unikarriere zum ersten Mal erlebt hatte. Keine der hunderten Pseudoprüfungen hatten mich je auf echte Abschlussprüfungen vorbereitet. Ich habe zinslos mit 221 Kreditpunkten abgeschlossen, bei einem Soll von 120. 101 Zusatzpunkte, die nicht im System eingeordnet oder verwertet werden konnten. Ich gehe wie schon seit jeher weiterhin putzen und bin nun auf der Suche nach einem Praktikum, das ich mir leisten kann, aber nicht ohne dankbar für all meine Privilegien zu sein.³ ■

Ulrike Kiessling hat an der Universität Basel Medientheorie und Geschichte studiert und gibt jetzt dem Arbeitsmarkt eine Chance. Sie erforscht Tanz, Körper, Medien und Zombies in ihrer Freizeit und behält sich vor, ein zweites Bachelorstudium aufzunehmen.

¹ In der Basellandschaftlichen Zeitung, Ausgabe vom 22.5.2019, wird eine soeben veröffentlichte Studie besprochen: «Langzeitstudierende sind an der Uni Basel indes kein Massenproblem, hält das Rektorat im Bericht fest. Grund für ein ausgedehntes Studium sei vielfach die Berufstätigkeit nebenher. Dennoch kündigt die Unileitung ein Konzept an, «das den Umgang mit dieser

Problematik regelt». [https://www.basel-landschaftlichezeitung.ch/basel/basel-stadt/zwoelf-semester-fuer-einen-abschluss-diese-studenten-sind-die-langsamsten-an-der-uni-basel-134508412] Mit Sehnsucht warten wir also auf das Konzept, das kommt.

² Da ich dann diese Arbeit vor lauter Panik im falschen Modul schrieb, führte das wiederum dazu, dass ich nach Abschluss

der Masterarbeit noch eine weitere Arbeit in Geschichte schreiben musste, obwohl klar war, dass diese nicht mehr für das Abschlusszeugnis zählen würde. Aus bürokratischem Prinzip wollte man mir diese nicht erlassen, auch wenn man dies hätte können, weil man der Meinung war, dass es ungerecht wäre, wenn man das machen würde. Auch hätte ich halt damals, im Jahre

2012, als ich die Auflage bekam, besser aufpassen sollen, in welchem Modul ich die Arbeit hätte schreiben müssen.

³ Diese Dankbarkeit für Privilegien scheint mir ein Phänomen an sich zu sein, das es zu untersuchen gilt, da es sich um eine Privilegien reproduzierende Herrschaftstechnik handeln könnte. Das wäre jedoch einen eigenen Artikel wert.

Lila Wucht – eine Zwischenbilanz

Der vorliegende Text entstand vor dem Streiktag – wir wissen also noch nicht, wie gross und laut der 14. Juni tatsächlich sein wird. Zweifelsohne wird der Tag selbst ein Höhepunkt. Unabhängig aber davon, was am 14. Juni selbst los war, hat der Frauen*streik auch schon vorher einiges bewegt.

Nach dem 1. Mai druckten die Zeitungen in Lila. In Zürich trug nicht nur das schöne Wetter, sondern auch die Mobilisierung für den Frauen*streik zur stolzen Zahl von 16'000 Teilnehmenden an der 1.-Mai-Demo bei. Der Frauen*streikblock war mit Abstand der grösste und auch beim VPOD-Mobil versammelten sich hinter dem Transparent «Mehr Lohn. Mehr Zeit. Mehr Respekt» so viele Menschen, wie schon lange nicht mehr. Die Frauen*streikplaylist animierte zum Tanzen und die Buttons gingen weg wie die heissen Weggli.

Die grossen Fragen

Die ersten Treffen des Streikkomitees Bildung waren gezeichnet von Zweifeln, Unsicherheit und der grossen Frage: Wie kriegen wir das hin?! Wird es möglich sein, die Kolleginnen zu mobilisieren? Wie sollte ein Streik überhaupt aussehen? Welche Forderungen stellen wir ins Zentrum? Dürfen wir streiken?

In den ersten paar Monaten von 2019 entstand eine Dynamik des öffentlichen Diskurses über den Frauen*streik, immer mehr Menschen beteiligten sich an diesem. Dies spiegelte sich auch in den Treffen des Streikkomitees Bildung wider. Von Treffen zu Treffen nahmen die Berichte von erfolgreichen Treffen an Schulen, solidarischen Gesten von Eltern und von konkreten Aktions- und Streikplänen zu.

Im Zentrum die Forderungen

Die intensive Auseinandersetzung mit den eigenen Arbeitsbedingungen trug dazu bei, dass die Lehrer*innen ihre Streikabsichten immer überzeugter verfolgten. Die Forderungen, die sie der Bildungsdirektion am 14. Mai in einem offenen Brief stellten, haben es in sich. Von konkreten Forderungen wie der Lohnklasse 19 für Kindergartenlehrpersonen und der Abschaffung unbezahlter betreuter Pausen bis hin zur generellen Forderung eines Elternurlaubs.

Lehrer*innen als Bildungsvermittler*innen

Gleichzeitig weist das Streikkomitee Bildung auf die



Rolle der Schule als Ort der Reproduktion hin: «Die Schule kann Geschlechterrollen festigen, aber auch aufbrechen. Deshalb kommt dem Bildungsbereich in Bezug auf Chancengleichheit und Gleichstellung eine besondere Verantwortung zu.» Reaktionen von einzelnen Bildungsinstitutionen auf die Streikpläne zeigten: Die Gleichstellungsforderungen werden prinzipiell begrüsst, konkret sehen die Schulen aber in ihrer eigenen Organisation keinen Handlungsbedarf.

Sichtbarkeit des eigenen Arbeitsverhältnisses

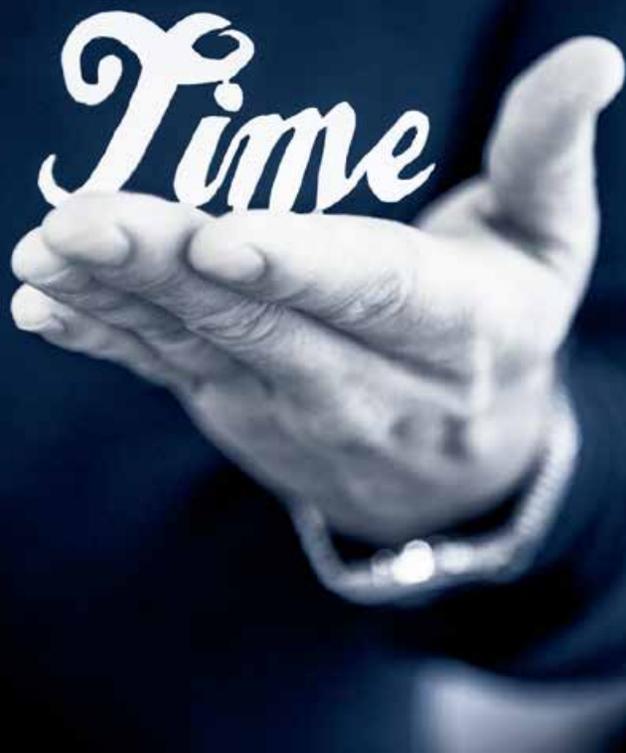
Die Annahme, dass die eigene Schule und der Kanton als Arbeitgeber in fortschrittlicher und solidarischer Manier positiv auf die Streikabsichten reagieren würde, wurde nicht erfüllt. Die Lehrer*innen wurden dazu angehalten, in ihrer Freizeit zu streiken und es wurde suggeriert, dass sie die «Erlaubnis» der Arbeitgeber bräuchten. Die Auseinandersetzung mit der Frage, was ein Streik überhaupt ist, hat damit das eigene Arbeitsverhältnis spürbar und sichtbar gemacht.

Widerstand gegen «Lila washing»

Nicht zuletzt haben die Reaktionen und Äusserungen von Seiten Arbeitgeber und Medien den Kampfgeist vieler Lehrer*innen geweckt. Die Forderungen und die Streikabsichten wurden von diesen bagatellisiert und nicht ernst genommen: Diesen zufolge handle es sich beim Frauen*streik nicht um einen «richtigen» Streik, weil er politische und nicht arbeitsrechtliche Ziele verfolgen. Wir Frauen entschliessen und entscheiden jedoch selbst, wie und warum wir streiken! ■

Text: **Anna-Lea Imbach**, Gewerkschaftssekretärin VPOD Zürich Lehrberufe

Bild: **Florian Thalmann**



Zug chauffieren und weitere öffentliche Dienstleistungen bereitstellen, die fünfte Ferienwoche verwehrt wurde?

27. November 2011: Die vom VPOD lancierte Volksinitiative «Für faire Ferien» wurde mit 61,7 Prozent Nein- zu 38,3 Prozent Ja-Stimmen klar abgelehnt. Die StimmbürgerInnen folgten damit der Empfehlung von Regierung und Kantonsrat. Die damalige Regierungspräsidentin Ursula Gut äusserte sich in der NZZ folgendermassen zu den Abstimmungsergebnissen: «Es ist offensichtlich, dass das bisherige Gesamtpaket mit seinen grosszügigen Regelungen bezüglich Ferien und Kompensation so stimmt.»

Einzig in einigen Zürcher

und Winterthurer Stadtkreisen fand die Forderung des VPOD eine Mehrheit. Massgeblich zu diesem Resultat haben die damaligen düsteren Wirtschaftsaussichten beigetragen und vermutlich auch in Bevölkerungsteilen verankerte Antipathie gegen «die faulen Beamten». Bereits damals hat der VPOD versprochen, das Anliegen intensiv weiterzuverfolgen. Dieses Versprechen hat die Gewerkschaft definitiv eingelöst. Der Regierungsrat gewährt nun per 1.1.2020 eine zusätzliche Ferienwoche für das Staatspersonal und per 1.8.2020 auch für die Lehrpersonen. Doch bis dies tatsächlich erreicht werden konnte, war es ein langer Weg.

Die fünfte Ferienwoche kommt!

Exakt zehn Jahre nach der Einreichung der VPOD-Initiative für eine fünfte Ferienwoche für alle Angestellte des Kantons ist es jetzt amtlich: Zusammen mit den anderen Staatsangestellten erhalten auch die Lehrpersonen und die Schulleitungen der Volksschule vom Regierungsrat eine fünfte Ferienwoche zugesprochen. Der jahrelange, intensive Einsatz des VPOD hat sich ausbezahlt.

Von Fabio Höhener

Für die ABB, Swisscom und Swatch selbstverständlich, für Coop und Migros das Mindeste, auch für UBS und Credit Suisse seit Jahren unbestrittener Fakt. Doch erst jetzt auch im Kanton Zürich Realität: Mindestens fünf Wochen Ferien für das Personal. Bis anhin bestand für die 21- bis 49-jährigen Kantonsangestellten lediglich ein Anspruch auf vier Wochen Ferien. Im Vergleich zu den Unternehmen im privaten Sektor eine nicht nachvollziehbare Schlechterstellung. Wie kam es, dass ausgerechnet den Menschen, die unsere Angehörigen pflegen, unsere Kinder betreuen und unterrichten, uns im Bus, Tram und

Regierungsrat wollte ursprünglich «Kostenneutralität»

Als erster Schritt musste sich auch bei der Exekutive die Erkenntnis durchsetzen, dass «der Vergleich mit grossen privatrechtlichen Arbeitgebern sowie Bund und Kantonen zeigt, dass die heutige Ferienregelung nicht mehr zeitgemäss ist», wie im Protokoll des Regierungsrates vom 30. Mai 2018 zu lesen ist. Daher wäre die Einführung der fünften Ferienwoche angezeigt. Doch die anfängliche Freude beim Personal wandelte sich schnell in Frust, als sich zeigte, wie diese neue Ferienregelung vom Regierungsrat angegangen wurde. Der VPOD hat sich dementsprechend sofort gegen deren Umsetzung auf Kosten der Angestellten gewehrt. Der Vorschlag des Regierungsrats war ursprünglich «kostenneutral», was de facto bedeutete, dass der Ferienanspruch nicht ausgeweitet wird. Die geplante Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde hätte bedeutet, dass die Angestellten diese Ferienwoche selbst vorarbeiten und damit selbst bezahlen müssen und dass sie insgesamt sogar etwas länger arbeiten als bisher. Für die Altersgruppen bis und mit zwanzig und über sechzig Jahre hätte die vorgeschlagene Regelung damit sogar Nachteile gebracht. Zudem schloss der Regierungsrat die Lehrpersonen von der fünften Ferienwoche aus, obwohl seit Jahren von der Angleichung der Anstellungsbedingungen zwischen Lehrpersonen und dem übrigen Staatspersonal die Rede war.

«Neu haben die Lehrpersonen der Zürcher Volksschule Anspruch auf 25, 27 oder 32 Tage Ferien im Jahr.»

Wer auf Psychomotorik angewiesen ist, zeigt dies oft in Form von Auffälligkeiten in der Bewegung, Wahrnehmung und im Verhalten. Diese können in Verbindung mit sozialen, emotionalen oder kognitiven Problemen stehen.

Seit Jahren wurden die Angestellten des Kantons Zürich mit Sparmassnahmen und Nullrunden abgefunden. Von 2010 bis 2016 hat der Kanton Zürich insgesamt 436 Millionen Franken auf Kosten der Angestellten eingespart. Nachdem der Regierungsrat 2017 so auch mit Einsparungen beim Personal im Rahmen der «Leistungsüberprüfung 2016» einen Ertragsüberschuss von 367 Millionen Franken erwirtschaftet hat, wollte er nun die Angestellten auch noch die Rechnung für diese längst überfällige Massnahme bezahlen lassen. Der VPOD lehnte die vorgeschlagene Änderung der Ferienregelung aus diesen Gründen ab und forderte in der Vernehmlassung, dass allen Angestellten (auch den U20- und den Ü60-jährigen) eine zusätzliche Ferienwoche zu gewährt sei. Und dies gleichermassen auch für die Lehrpersonen. Eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit kam und kommt für den VPOD nicht in Frage.

Senkung der Nettojahresarbeitszeit nun durchgesetzt

Der Widerstand hat sich nun gelohnt. In einer zweiten Version wurden die meisten Forderungen des VPOD und VPV aufgenommen. Neu werden die bisher seit Jahren gewährten zwei Jahreswechsel-Urlaubstage zu neu zwei Ferientagen für alle Altersgruppen vom Lehrling bis zum 65. Altersjahr umgewandelt. Zudem werden den 21- bis 49-jährigen Angestellten drei zusätzliche Ferientage gewährt. Damit erhalten alle Angestellten bis zum 59. Altersjahr durchgehend fünf Ferienwochen. Das gilt für das Staatspersonal und auch für die Volksschullehrpersonen. Ab dem 1. August 2020 haben die Lehrpersonen der Zürcher Volksschule und auch Schulleitende neu Anspruch auf 25 Tage Ferien, ab dem 50. Altersjahr auf 27 Tage und ab dem 60. Altersjahr auf 32 Tage. Die Nettojahresarbeitszeit von heute 1932 Stunden pro Jahr für ein Vollpensum reduziert sich um die entsprechenden Stunden. Somit sind Volksschullehrpersonen den übrigen Staatsangestellten gleichgestellt.

Besonders erfreulich ist, dass der Regierungsrat dieses Mal auch vom sonst bei der Volksschule eisen gehandhabten Prinzip der Kostenneutralität abweicht. Sowohl bei den Lehrpersonen wie bei den Schulleitungen wird der zusätzliche Ferienanspruch zu einer höheren Gesamtzahl an Stellenprozenten führen. Die Bildungsdirektion rechnet daher, dass Teilzeit arbeitende Lehrpersonen ihren Beschäftigungsgrad leicht erhöhen, damit möglichst wenige zusätzliche Lehrpersonen angestellt werden müssen.

Ein Wermutstropfen hingegen bleibt bestehen. Bei den Lehrpersonen der Mittelschulen, der Fachhochschulen und der Berufsschulen werden keine Anpassungen vorgenommen. Gemäss Regierungsrat hätten diese Berufsgruppen keinen Berufsauftrag mit Jahresarbeitszeit, sondern seien per Lektionen angestellt. Dies gäbe ihnen grössere Freiheiten zum Ferienbezug. Für die VPOD ist das unverständlich. Wir werden uns weiter für eine zusätzliche Ferienwoche auch für diese Berufsgruppen einsetzen. ■

Text: **Fabio Höhener**, Gewerkschaftssekretär VPOD Zürich Lehrberufe

Ein Tag in der Psychomotoriktherapie von Eva Wieler



Eva Wieler ist Psychomotoriktherapeutin in der Stadt Zürich und Vorstandsmitglied der Sektion Zürich des Berufsverbandes Psychomotorik Schweiz. Seit Sommer letzten Jahres ist der Verband assoziiertes Mitglied beim VPOD Lehrberufe.

Nach einem wilden Ritt auf dem Pferd und einem mutigen Sprung über den Wassergraben stehen die jungen Ritter Matteo und Yasin vor dem wilden Drachen. Mit Mut und Geschick gelingt es ihnen, dem Ungeheuer die Säckchen mit den wertvollen Drachensteinen zu entwenden und sie in ihre Festung in luftiger Höhe in Sicherheit zu bringen.

Die beschriebene Szene stammt keinesfalls aus den Federn bekannter Fantasy-AutorInnen, sondern spielt an der Therapiestelle Künigenmatt in Zürich. Verantwortlich für das Abenteuer, in welches sich die beiden Kindergartenbuben Matteo und Yasin* voller Elan stürzen, zeichnet sich Eva Wieler. Die einstige Primarlehrerin ist nun seit vier Jahren Psychomotoriktherapeutin und leitet die heutige Lektion.

Psychomotorik ist mehr als eine Turnstunde für Kinder mit Schwierigkeiten im Bewegungsverhalten. Der Begriff betont die Verbindung von motorischen und psychischen Prozessen. Im Zentrum steht die Einheit von Bewegen, Erleben, Denken, Fühlen und Handeln. Dies betont auch Eva Wieler: «Die Wahrnehmung des eigenen Körpers und die Stärkung der Sinne ist die Grundlage des Lernens». Im Bewegungsspiel wie beim Ritt auf dem Gymnastikball geht es nicht allein um die Stärkung des Gleichgewichts, sondern auch um die Wahrnehmung, wie die Füsse gegen den Boden drücken und wie Kraft massvoll eingesetzt wird, so dass man nicht vom Ball fällt.

Nach dem Bewegungsspiel finden sich die beiden Buben mit Eva Wieler am Tisch wieder. Die letzte Therapiesequenz widmet sich der Grafomotorik. Matteo und Yasin zeichnen konzentriert und thematisch passend Burgmauern auf ein Papier. Ziel ist die Förderung der Vorläuferfertigkeiten für das Schreiben; gezielte Strichführung oder Formwiedergabe. Eva Wieler achtet darauf, dass die Buben möglichst wenig den Stift absetzen und unverkrampft die Linien ziehen. Ihr gelingt es, Matteo und Yasin für diese Aufgabe zu motivieren, obwohl diesmal keine Drachen im Spiel sind. Wenig erstaunlich ist daher das kritische Feedback der Kinder an Eva Wieler am Ende der Lektion; die Stunde sei viel zu schnell fertig gewesen. ■

*beide Namen geändert

Text und Bild: **Fabio Höhener**, Gewerkschaftssekretär VPOD Zürich Lehrberufe

Weil Kinder mehr Zeit brauchen!

Ende Februar hat der Regierungsrat die neue «Verordnung über die Tagesfamilien und Kindertagesstätten V TAK» in die Vernehmlassung geschickt. Kinderbetreuung ist eine anspruchsvolle und verantwortungsvolle Arbeit, die eine qualifizierte Ausbildung, Fachwissen und stetige Weiterbildung verlangt. Die Arbeitsbedingungen in der vorschulischen Kinderbetreuung (Kitas mit oft privater Trägerschaft) sind allerdings ungenügend. Bisher fehlt die Bereitschaft der öffentlichen Hand, Rahmenbedingungen zu definieren und die Kinderbetreuung angemessen zu finanzieren. Auch die neue «Verordnung über die Tagesfamilien und Kindertagesstätten V TAK» trägt den Missständen keinerlei Rechnung.

Auf die vorgesehene kantonale Verordnung reagiert die Gruppe «Trotzphase» (Fachpersonen in der Kinderbetreuung) zusammen mit dem VPOD Zürich mit einer Petition. In dieser werden die Verantwortlichen aufgefordert, endlich die Voraussetzungen für eine flächendeckende Kinderbetreuung mit Qualität zu schaffen.

Jetzt unterschreiben, damit

- genügend gut ausgebildetes und fair entlohntes Fachpersonal zur Verfügung steht,
- die Kinder gut betreut und altersgerecht gefördert werden,
- die Kontinuität beim Personal grösser wird, so dass die Kinder stabile Beziehungen aufbauen können,
- der Anteil an pädagogisch ausgebildetem Personal steigt und die Fluktuation unter diesem sinkt.

www.weil-kinder-mehr-zeit-brauchen.ch

Text: Florian Thalmann

Umkleiden ist Arbeitszeit

Seitdem auch der Regierungsrat des Kantons Zürich klargemacht hat, dass Umkleidezeit als Arbeitszeit anzurechnen ist, wird verhandelt. Auch mit dem USZ! Einige Spitäler tun sich immer noch schwer damit, die Umkleidezeit endlich als Arbeitszeit anzurechnen. So hat das Spital Limmattal die Forderung des VPOD zurückgewiesen. Hier läuft der Rekurs vor Bezirksrat. Auch das Spital Uster will nichts von unserer Lohnforderung wissen. Hier werden wir mit Lohnklagen das Recht der Angestellten einfordern müssen. Und viele Spitäler tun so, als ob sie von dieser Frage noch nie gehört hätten.

Das Universitätsspital Zürich USZ musste handeln. Ein erster Vorschlag wurde vorgelegt, von uns in einer breiten

Befragung der Angestellten diskutiert, vom USZ dann zurückgezogen. Man wollte die Umkleidezeit mit Kompensationstagen entschädigen. Nachdem der Kanton die Einführung der fünften Ferienwoche beschlossen hatte, ging das nicht mehr.

Weiterhin ist klar: Rückwirkend per 1.1.2019 muss Umkleidezeit entschädigt werden. Und wo nötig fordern wir für VPOD-Mitglieder eine Lohnnachzahlung für die letzten fünf Jahre ein. Recht haben und Recht bekommen ist – einmal mehr – nicht das gleiche. Wir sorgen dafür, dass die Spitalangestellten und alle Angestellten mit Umkleidepflicht zu ihrem Recht kommen. Es bleibt spannend.

Text: Roland Brunner

Migration – Herausforderungen für die Gewerkschaftsarbeit Weiterbildungskurs für VPOD-Mitglieder und Interessierte, 29.06.2019 in Zürich

Xenophobe politische Debatten über Migration wie auch konkrete Erfahrungen von MigrantInnen zeigen, dass es in der Schweiz Fremdenfeindlichkeit gibt – auch am Arbeitsplatz. Wie können die Gewerkschaften dem wirkungsvoll entgegenzutreten und die Interessen der Mitglieder mit Migrationshintergrund vertreten?

Kursort: VPOD-Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, Zürich, Saal im 5. Stock
Kursleitung: Johannes Gruber und Bashkim Rexhepi
Kursgebühren: Für VPOD und zbl-Mitglieder gratis, für Nichtmitglieder Fr. 300.-

Anmeldung online unter: <https://vpod.ch/kalender/2019/06/migration/>

Agenda

Informationen über Veranstaltungen und Versammlungen sind aufrufbar unter: www.zuerich.vpod.ch/kalender

Donnerstag, 27. Juni 2019
Treffen Berufsfachschulgruppe;
18:30 bis 20 Uhr

Themen: Digitalisierung und Projekt Kompetenzzentren

Samstag, 29. Juni 2019
Weiterbildungskurs: Migration – Herausforderungen für die Gewerkschaftsarbeit

9:30 - 17:30 Uhr; VPOD- Zentralsekretariat
Anmeldung und Infos unter: <https://vpod.ch/kalender/2019/06/migration/>

Mittwoch, 25. September 2019
Sitzung Gruppe Volksschule;
17:30 Uhr

Freitag, 27. September 2019
GV Berufsfachschulgruppe
Weitere Infos folgen.

IMPRESSUM VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION: Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, www.zuerich.vpod.ch, **Redaktion:** Fabio Höhener, Anna-Lea Imbach
Layout und Druck: ROPRESS, 8048 Zürich, **Nr. 3 / Juli 2019**, erscheint fünf Mal jährlich, 4. Jahrgang, Auflage: 3000

Was man aus Büchern über gute Schule lernen kann

Ein Rückblick auf drei Jahrzehnte Tätigkeit als Lehrer. Und ein Ausblick auf den Wandel der Schule.

Von Dieter Blatt

In meinem Bücherschrank haben sich über all die Lehrerjahre viele Bücher angesammelt, Bücher über die Schule und was das Lernen und die Menschenbildung ausmacht. Die meisten davon habe ich gelesen, nur bei einigen wenigen sprang der Funke nicht zu meinem Lehrersein über.

Beim Aussortieren blättere ich noch einmal in den Büchern, welche meinen Unterricht beeinflusst haben.

Mut zu Fehlern statt Angst vor Fehler

«Lehrer fragt, Schüler antwortet» – So mussten während meiner Ausbildung zwei Spalten bei den Präparationen betitelt sein. Ich musste also bereits bei den Vorbereitun-

gen die zu erwartenden Schülerantworten aufschreiben.

Im Buch «Guter Unterricht»¹ (2003) werden Schlüsselqualifikationen benannt:

- «selbstständig Probleme lösen, statt vorgegebene Antworten auswendig zu lernen,
- kompetente Fragen zu stellen zu können, statt ausschliesslich Fragen zu beantworten,
- der Mut, Fehler zu machen, statt diese ängstlich zu vermeiden,
- [...]

Selbstständiges Lernen bietet von der Methodik her geeignete Voraussetzungen zum Erwerb eben dieser Schlüsselqualifikationen.»

In der Übungsschule (so hiess es damals tatsächlich!) wollte mir ein Übungsschullehrer beibringen, wie Diktate zu beurteilen

sind. Hinter die Anzahl Fehler setzte er so viele Ausrufzeichen wie er Fehler gezählt hatte: 1 F!, 4 F!!!!, 13 F!!!!!!!!!!!!!! usw. Die Noten fielen dementsprechend aus. Dass die Zeugnisnote während Jahrzehnten auf dem Durchschnitt der Noten des Schuljahres beruhte, wurde kaum bestritten oder hinterfragt. Sie waren ja so praktisch! Aber eben auch unprofessionell, wie Anton Strittmatter 2004 so treffend schrieb: «Die Errechnung von Notendurchschnitten führt in allzu vielen Fällen zu Leistungsbehauptungen, die keiner Wirklichkeit entsprechen. Vielmehr leisten sie Fehlprognosen und Demotivation Vorschub. Aus pädagogischer Sicht müssten an Stelle von Durchschnitten Beschreibungen des Leistungsverlaufs treten.»²

Integration und Individualisierung statt Selektion

Meine erste Stelle als Klassenlehrer war an einer 5. Klasse in einem durchmischten Berner Quartier. Meine Klasse umfasste Kinder, welche es nicht in die Sekundarschule geschafft hatten oder deren Eltern sich keine Privatschule leisten konnten. Rund zwei Drittel der Klasse waren Ausländer. Die Weichen waren gestellt, von Durchlässigkeit sprach kaum jemand. Allerdings fanden bereits damals viele, dass der Übertritt in die Sekundarschule etwas gar früh stattfände,

und tatsächlich wurde wenige Jahre später im Kanton Bern auf 6/3 umgestellt. Im Zusammenhang mit dieser Umstellung wurde in recht vielen Gemeinden eine gewisse Durchlässigkeit auf der Sekundarstufe 1 ermöglicht. Selektioniert wurde und wird aber weiterhin. In seinem Buch «Schülerjahre»³ (2009) bestreitet der renommierte Kinderarzt und Entwicklungsspezialist Remo Largo die Notwendigkeit der Selektion. Die Wahrscheinlichkeit sei gross, dass ein Schüler zufällig dem Gymnasium oder der Sekundarschule zugeteilt werde. Das Gleiche gelte für die Zuteilung zur Sekundar- oder Realschule: «Die Trennlinien sind in den Bereichen angesetzt, wo sich am meisten Schüler befinden. So bestimmt der Zufall für zahlreiche Schüler, ob sie sich links oder rechts von der Trennlinie wiederfinden.»

Weiter erbrachten die meisten Schüler in den verschiedenen Fächern Leistungen auf ganz unterschiedlichem Niveau: «Der eine Schüler ist gut in Mathematik und schwach in den Sprachen – bei einem anderen ist es genau umgekehrt. Nach welcher Leistung soll nun separiert werden? (...) Chancengerechtigkeit lässt sich nur herstellen durch schulische und soziale Integration sowie einen individualisierten Unterricht.»

Die Erkenntnis, dass Heterogenität auch in der Schule eine Tatsache ist und sich nicht wegselektionieren lässt, ist heute bei den meisten Verantwortlichen in Schule und Politik angekommen. Noch zu oft mangelt es jedoch an angepasstem Unterricht. Die Gründe dafür sind ebenfalls vielfältig, heterogen. Dies hier zu erörtern, würde jedoch zu weit führen...

Und sie bewegt sich doch

Vor zwanzig Jahren waren Tagesschulen ausserhalb der Stadt Bern dünn gesät. Doch in den letzten zehn Jahren erlebten sie einen regelrechten Boom. Die Politik hat erkannt, dass Tagesschulen aus verschiedenen Gründen wichtig sind:

- In vielen Familien ist tagsüber keine Betreuungsperson zuhause, die Kinder sind aber auf Strukturen angewiesen.
- Erwerbstätige Eltern sind ein Wirtschaftsfaktor.
- Eine Tagesschule ist ein Standortvorteil für eine Gemeinde.

Kaum ein Thema war vor zehn, zwanzig Jahren die Schulsozialarbeit (SSA). Bei Problemen, Konflikten und Mobbing versuchten die einen Lehrpersonen nach bestem Wissen die Schwierigkeiten zu meistern, andere wiederum sahen lieber weg. Heute ist die Schulsozialarbeit als Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche, Lehrpersonen und Eltern weitherum anerkannt und sehr geschätzt. Aber noch immer gibt es Gemeinderäte und Gemeindeversammlungen, welche finden, eine SSA sei in ihrem Dorf nicht nötig.

Immer wieder hört oder liest man, die Schule sei schwerfällig und verharre in Strukturen und Positionen aus dem letzten Jahrhundert. Ein Rückblick auf gut drei Jahrzehnte zeigt: Und sie bewegt sich doch.

Bücher weitergeben

Anstatt die Bücher über Schule und Unterricht weiter vor sich hinschlummern zu lassen oder im Altpapier zu entsorgen, biete ich sie einer Abschlussstudentin der PH (und ehemaligen Schülerin von mir ...) an. Es könnte ja sein, dass der eine oder andere Titel sie anspricht. Nach kritischem Begutachten verlässt sie unser Haus mit einem Dutzend Bücher. ■

¹ Unruh, Thomas / Petersen, Susanne: *Guter Unterricht – Handwerkszeug für Unterrichts-Profis*; AOL Verlag, 2003

² Strittmatter, Anton: *Noten sind praktisch – und unprofessionell*, in: *Bildung Schweiz* 6.2004

³ Largo, Remo / Beglinger, Martin: *Schülerjahre – Wie Kinder besser lernen*; Piper, 2009

Dieter Blatt (57) arbeitet seit mehr als drei Jahrzehnten als Primarlehrer, fast immer auf der Selektionsstufe. Er ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder sowie einen Enkel. Er engagierte sich für die EVP in der Gemeindepolitik und in der Bildungskommission der EVP BE. Er mag die Vielfalt in seiner Klasse ebenso wie die Diversität in seinem Garten.

Den geflüchteten Jugendlichen Lehrabschlüsse erlauben!

Es häufen sich die Fälle, dass Behörden abgewiesenen jugendlichen Asylsuchenden verwehren, ihre Ausbildung fortzusetzen, abzuschliessen oder auch nur erst anzutreten. In einigen Kantonen formiert sich Widerstand unter Lehrlingen, Arbeitgebern, Lehr- und Fachkräften sowie Patenfamilien: Ein Aufruf wurde lanciert. Von Ulrich Burri



Im Mai hat sich eine Gruppe besorgter Bürger und Bürgerinnen aus vielen Landesteilen der Schweiz in Olten getroffen. Die zweisprachige Veranstaltung wurde vom Zusammenschluss «Eine Lehre - Eine Zukunft» aus Lausanne organisiert. Auf deren Initiative hatten sich bereits im Februar 2019 circa 200 Teilnehmende in Lausanne zusammengefunden, wo sie einen Aufruf verabschiedeten. Zwischenzeitlich wurde dieser von über 2200 Menschen unterschrieben. Beidseits der Saane entstanden Medienbeiträge. Der

Text und das Unterschriftenformular kann unter www.einelehre-einezukunft.ch als PDF in Deutsch, Französisch und Italienisch heruntergeladen werden.

Vernetzung und Aufbau politischen Drucks

Die Teilnehmenden der Veranstaltung in Olten waren Jugendliche, Arbeitgeber, Lehrpersonen, Pflegeeltern und Vertreter aus bürgerlichen Parteien. Der Anstoss war die Betroffenheit über negative Asylentscheide des Bundesamtes, welche zur Folge hatten, dass Jugendliche eine Lehre abbrechen müssen oder eine zugesicherte Lehre gar nicht erst antreten dürfen. Ziel der Tagung war der Aufbau einer gesamtschweizerischen Vernetzung von Menschen, die sich politisch für die geflüchteten Jugendlichen engagieren möchten. Am Treffen wurden diverse Einzelschicksale aus Sicht von betroffenen Pflegeeltern sowie Arbeitgebern vorgestellt. Jugendliche mussten ihre Lehre abbrechen und von zum Teil selbst finanzierten Indi-



Der Aufruf, dass die jungen abgewiesenen Asylsuchenden ihre Lehre fortsetzen und beenden dürfen, kann unterzeichnet werden unter:

www.einelehre-einezukunft.ch

Zusätzliche Links zu Mitorganisatoren:

www.giveahand.ch

www.eritreischer-medienbund.ch

www.emk-schweiz.ch

vidualunterkünften in Kollektivunterkünften umziehen. Es gab Fälle, in denen der negative Asylentscheid eine Woche nach der Lehrantrittsbewilligung eintraf.

Die meisten der von Lehrabbrüchen Betroffenen sind Geflüchtete aus Eritrea, aus dem Tibet, Iran, Irak, Afghanistan und Syrien. Für diese ist eine gewaltsame Rückschiebung in ihr Heimatland für längere Zeit unrealistisch, was auch die momentane Politik so sieht.

Im Zentrum des Engagements für diese Jugendlichen muss der Aufbau politischen Drucks stehen, um durchzusetzen, dass diese ihre Lehre abschliessen oder antreten können. Die Vielfalt der am Treffen Teilnehmenden aus verschiedenen Kantonen und Bereichen der Zivilgesellschaft ermöglicht eine breit abgestützte Vernetzung. Gegenwärtig gibt es hunderte von Gruppen mit ähnlichen Stossrichtungen; diese gilt es zusammenzuführen. Die Vernetzung hat noch viel Luft nach oben! Ein jeder kann in seinem Einflussbereich Menschen, Gruppen oder Medien mittels Kontaktaufnahme, Beiträgen, Leserbriefen usw. ansprechen. Von jungen Menschen wurde zudem auf die

sozialen Medien als Kommunikationskanäle hingewiesen.

Zynische Willkür

Persönlich möchte ich anfügen, dass die aktuelle Situation unbefriedigend ist. Die individuellen Anhörungen werden teils sehr chaotisch gehandhabt. Die sogenannte und angebliche «Unglaubwürdigkeit», auf der viele Ablehnungen basieren, hängt oftmals mehr von der Qualität des Übersetzers, als von der individuellen Situation eines Asylsuchenden ab. Viele Übersetzer stammen aus der ersten Generation eritreischer Flüchtlinge, welche das aktuelle Regime unterstützen und kein Verständnis für die heutigen Fluchtgründe ihrer Landsleute aufbringen.

Der Status «F – Vorläufig Aufgenomme» ist explizit für Asylsuchende mit abgelehnten Anträgen gedacht, die aus Ländern stammen, in welche auf absehbare Zeit keine Rückschaffungen möglich sind, da die Rechtslage vor Ort unsicher ist. Ein Bundesrat, der die Migrationsfrage besonders bewirtschaftet, wird mit den Worten zitiert «Wenn sie schon hier sind, sollen sie auch arbeiten». Der

Begriff «Erhaltung der Rückkehrfähigkeit» als Begründung für die Verweigerung einer Arbeit oder Lehre und somit die Abschiebung in die Nothilfe scheint mir sehr zynisch. Viele der Betroffenen haben sich um eine Integration bemüht und zum Teil schon als UMA (unbegleitete minderjährige Asylsuchende) gute Sprach- und Landeskenntnisse erworben sowie sich um Arbeit oder eine Lehrstelle bemüht. In der Statistik werden sie jedoch unfairerweise als «noch immer in der Sozialhilfe» aufgeführt.

Veränderung durch Wahlen

Um politisch etwas bewirken zu können, müssen wir im Herbst ein anderes Parlament wählen! Dabei hoffe ich auf eine hohe Stimmbeteiligung. Wenn alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, welche der Meinung sind «Die da oben machen ja doch, was sie wollen», wählen gehen, könnten die da oben nicht mehr «machen, was sie wollen». Versuchen wir doch alle Bekannten und Verwandten an die Urne zu bringen, um für geflüchtete Jugendliche eine grosszügigere Vergabe des «Status F» oder der Anerkennung als «Härtefall» zu erwirken. Dies, damit sich Legalität und Gerechtigkeit wieder etwas annähern.

Für eine Kräfteverschiebung nach den Parlamentswahlen im Herbst brauchen wir eine möglichst grosse Wahlbeteiligung, um so die Chancen auf einen Wandel zu erhöhen. Bis im Herbst an der Urne! ■

VPOD-TAGUNG

Der VPOD veranstaltet am 7. September 2019 in Bern die Tagung «Geflüchtete – Bildung, Integration und Emanzipation», an der wir eine kritische Bestandsaufnahme der aktuellen Situation von Geflüchteten und von deren Bildungsmöglichkeiten vornehmen. Gemeinsam werden wir dort Forderungen an die Politik erarbeiten, wie das Recht auf gleichwertige Bildung für alle durchgesetzt und die Diskriminierung von Geflüchteten verhindert werden kann.

Weitere Informationen und Anmeldungen unter:
www.vpod.ch/fachtagung-gefluechtete-bildung

Ulrich Burri, ist Diplomingenieur ETHZ und lebt in Biel.



Die Steinsuppe

Ein Film über Essen als Gemeinschaftserlebnis.
Von Sarah Gersbach

Alle Tiere sitzen zu Hause vor dem Fernseher und haben fast nichts mehr zu essen. Sie schauen eine Kochsendung an, als plötzlich der Strom ausfällt. Da schlägt der Elefant vor, zusammen eine Steinsuppe zu kochen. Nach anfänglichem Zögern überwinden die Tiere ihre Skepsis und die Angst voreinander. Alle helfen mit und steuern etwas aus ihrem Vorrat bei, so dass aus den vielen verschiedenen Zutaten eine schmackhafte Suppe entsteht. Alle genießen das gemeinsame Essen und nehmen sich vor, schon bald wieder einmal zusammen zu kochen.

Plädoyer für Gemeinschaft und Vielfalt

Die Geschichte beruht auf einem bekannten Volksmärchen, welches besagt, dass gute Ideen, Eigeninitiative und Zusammenarbeit einen aus einer misslichen Lage befreien können. Sie wurde bereits mehrfach in Bilderbüchern umgesetzt. Die vorliegende Trickfilm-Version besticht durch eine liebevolle und detailreiche Animation, welche für Kinder über den Inhalt der Geschichte hinaus viel Spannendes zum Entdecken bietet:

Farben, Tiere und ihre Eigenheiten, Erraten von Tieren aufgrund von Detailansichten wie Füßen oder Händen, Geräusche und Musik, usw.

Die Geschichte ist ein Plädoyer fürs zusammen Essen und feiert die Vielfalt. Die Erinnerung daran, dass Essen ein sozialer Akt und ein tolles Gemeinschaftserlebnis ist, ist gerade in Zeiten von Fast-Food und TV-Dinner zentral. Zusammen essen und teilen kann Menschen unterschiedlicher Gesinnung oder Kultur zusammenbringen und Gemeinschaft stiften. Darüber hinaus vermittelt der Film die Botschaft, dass aus nichts (bzw. einem Stein) etwas Tolles (bzw. eine würzige Suppe) entstehen kann, wenn alle sich beteiligen. Dieser Aufruf zu Partizipation und Kreativität lässt sich auch auf viele andere Lebensbereiche übertragen.

BNE-Kompetenzen

Zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung gehören spezifische personale, soziale, fachliche und methodische Kompetenzen. In den Impulsen zum Film werden Kompetenzen wie das vernetzte Denken, Perspektiven wechseln oder interdisziplinäres und mehr-

perspektivisches Wissen aufbauen gefördert. Die Impulse unterstützen die SchülerInnen dabei, sich als Teil der Welt zu erfahren, Verantwortung zu übernehmen und Handlungsspielräume zu nutzen.

Unterrichtsimpuls: Vielfalt im Suppentopf und in der Klasse

Alterseignung: 6 bis 7 Jahre;

Dauer: 3 Lektionen

Bezüge zum Lehrplan 21

Personale Kompetenzen: Die Schülerinnen und Schüler können ihre Interessen und Bedürfnisse wahrnehmen und formulieren. Soziale Kompetenzen: Die Schülerinnen und Schüler können...

- ... sich aktiv im Dialog an der Zusammenarbeit mit anderen beteiligen.
- ... Menschen in ihren Gemeinsamkeiten und Differenzen wahrnehmen und verstehen.

Ziele

Die Kinder haben den Film «Die Steinsuppe» verstanden und erkennen, dass die Vielfalt und Verschiedenheit der Kinder in der Klasse den Schulalltag spannend machen.



Einstieg:

Gespräch in der Gruppe zu den Erfahrungen und Erlebnissen der Kinder zum Thema Essen. Folgende Fragen können dabei leiten: Was esst ihr am liebsten? Was ist das ekligste Essen, das ihr schon gegessen habt? Wo habt ihr schon überall gegessen? Wo würdet ihr gerne einmal essen? Kann sich jemand an eine Situation erinnern, wo er/sie sehr Hunger hatte?

1. Teil: Film verstehen

Film schauen und mit Bildkarten nacherzählen (siehe www.education21.ch)

2. Teil: Vielfalt im Suppentopf und in der Klasse

Gespräch im Klassenverband über die folgenden Fragen:

- Welche Zutaten sind in der Suppe?
- Schätzfrage: Wie viele Zutaten? Die Zutaten werden noch einmal zusammengetragen (Stein, Salz, Sellerie, Radieschen, Kartoffel, Kräuter, Zwiebel, Apfel, Kohlblätter, Pastinake).
- Wird die Suppe gut, wenn jedes Tier eine andere Zutat bringt? Wenn ja, wieso? Wenn nein, wieso nicht?
- Wie wäre die Suppe, wenn der Elefant alleine gekocht hätte?

Anschliessend wird die Frage gestellt, wie die Suppe schmecken würde, wenn die ganze Klasse gemeinsam eine kochen würde:

Jedes Kind zeichnet seine Lieblingszutat für eine Suppe möglichst gross auf ein festes A4 Papier und schneidet die Zutat anschliessend aus. Jedes Kind schreibt zum Schluss seinen Namen in die Zutat hinein.

Die Lehrperson bereitet in der Zwischenzeit einen Stuhlkreis vor und legt ein Symbol für den Kochtopf (z.B. Hula-Hoop-Reifen) in die Mitte. Die Kinder kommen mit ihrer Zutat in den Kreis. Ein Kind nach dem anderen legt seine Zutat in den Kochtopf und sagt dazu: «Ich bringe für die Suppe ... mit, weil ...».

Die vielen verschiedenen Zutaten ergeben eine reichhaltigere, spannendere, schmackhaftere Suppe, als wenn jemand allein gekocht hätte. Mit den Kindern besprechen,

dass das Gleiche auch für den gemeinsamen Schulltag gilt. Jedes Kind bringt andere Ideen, Geschichten, Wünsche, Vorlieben, Stärken, aber auch Schwächen mit. Das macht den Alltag spannend, kann aber auch zu Konflikten führen. Im Folgenden sollen die spannenden Seiten der Vielfalt in der Klasse angeschaut werden. Doch zuvor wird nochmals der Bogen zurück zum Film geschlagen: Die Kinder zählen aus der Erinnerung alle Tiere auf, die im Film vorkommen, und schildern ihre unterschiedlichen Eigenschaften und Vorlieben (gross, klein, Familien und Einzelgänger, gefährlich, ängstlich – wer hat Angst vor wem? –, schüchtern, langsam, schnell, verschiedene Dialekte, was essen sie, usw.). Welche Gemeinsamkeiten verbinden alle Tiere? Eventuell den Film nochmals anschauen.

Als nächstes werden ganz viele Eigenschaften, die in der Klasse vorhanden sind, zusammengetragen. Die Lehrperson hat einen Sprechball in der Hand und eröffnet mit einem Beispielsatz ein Thema. Bevor die Runde startet, überlegen die Kinder eine spezielle Eigenschaft oder ein Merkmal, das sie nennen wollen. Um die Runde zu starten, übergibt die Lehrperson den Ball an das Kind rechts von ihr. Das Kind nennt seine Eigenschaft oder sein Merkmal, indem es den ganzen Satz wiederholt, und gibt den Sprechball an das nächste Kind auf der rechten Seite weiter.

Beispielsätze:

- Ich mag die Farbe ...
- Ich spiele gerne...
- Ich kann gut...
- Ich esse gerne...
- Ich habe lustige...
- Mein Lieblingsplüschtier ist ein...
- Zuhause spricht man bei uns...

Diese Beispielsätze können beliebig ergänzt oder ersetzt werden.

Symbolisch für Vielfalt in der Klassengemeinschaft werden die Suppenzutaten zu einer Girlande zusammengeführt und an der Wand aufgehängt. Rechts und links der Zutaten mit der Ahle ein kleines Loch machen und auf einen langen Faden aufziehen. Wenn in Zukunft das Thema «Anders sein»

oder «Vielfalt» in der Klasse auftaucht oder zu Konflikten führt, kann die Lehrperson den Wert der Vielfalt in der Klasse anhand der Girlande wieder in Erinnerung rufen.

3. Teil: Vielfalt auf dem Znüniteller

Vorbereitung: Ankündigung, dass am Tag XY gemeinsam ein Znüni mit vielen verschiedenen Zutaten zubereitet werden soll. Dafür soll jedes Kind an diesem Tag eine Zutat, welche für zwei Kinder reicht, mitbringen (auch ungewohnte Zutaten, Spezialitäten aus den Familien oder den Herkunftsländern der Kinder). Möglichst keine fertigen Produkte aus der Packung, damit auch wirklich etwas zubereitet werden kann. Geeignet sind z.B. Brot, Früchte, Gemüse zum Knabbern, Käse, getrocknete Früchte, Nüsse. Damit die Kinder eine Idee bekommen, was entstehen könnte, kann die folgende Broschüre ausgedruckt und die Bilder gezeigt werden:

<http://www.sge-ssn.ch/media/Ideen/kreative-Zwischenmahlzeiten-SGE2016.pdf>

Am abgesprochenen Tag bringt die Lehrperson Messer, Teller, farbige Servietten, Wasserkrüge und Trinkbecher mit. Die Kinder legen ihre Zutaten auf einen gemeinsamen Zubereitungstisch und erklären, was sie mitgebracht haben und warum gerade das. In Zweiergruppe bereiten die Kinder aus zwei kombinierten Zutaten das Znüni.

Ergebnissicherung

Die Lehrperson fotografiert die entstandenen Znünikreationen einzeln oder alles zusammen mit der Klasse im Hintergrund. ■

Die Steinsuppe. Animationsfilm von Clémentine Robach, Frankreich 2015, 7 Minuten.

Alter und Zielgruppe: ab 4/6 Jahren.

Der Film ist auf der Sammel-DVD «Ein Menü für die Zukunft» mit weiteren Filmen zum Thema Ernährung und Nachhaltigkeit sowie auf dem VOD-Portal zur Miete (Streaming) verfügbar.

VOD-Portal: www.filmeineineweltvod.ch

Weitere Unterrichtsimpulse,

Hintergrundinformationen und Kopiervorlagen

finden Sie auf der Webseite www.education21



Krisen unserer Welt im Kinderbuch

Über die allgegenwärtigen Medien bekommen Kinder laufend beunruhigende Fetzen aus Nachrichten zum Zustand unserer Welt mit. Wer aber erklärt ihnen Begriffe wie Rassismus, Terrorismus, Migration? Und wie? Eine neue, überzeugende Kinderbuchserie bietet Hilfe. Von Susi Oser

Der englische Verlag Wayland startete 2016 mit einer vierteiligen Kinderbuchserie «Children in Our World»: Probleme und Krisen der heutigen Zeit sollen anschaulich und verständlich erklärt werden. Der ökumenisch und gesellschaftspolitisch ausgerichtete Verlag Gabriel zog den Medienethiker Jonas Bedford-Strohm als Übersetzer bei und legte im Herbst 2018 die beiden ersten Bände in deutscher Sprache vor: «Wie ist es, wenn man arm ist?», «Wie ist es, wenn man kein Zuhause hat?». Die Serie soll Kinder «befähigen, sich in der komplexen Welt zurechtzufinden und die Zukunft als freie, mündige und liebevolle Menschen verantwortlich zu gestalten.» Dazu passt die symbolhafte Covergestaltung der vier Bücher von Hanane Kai: Zusammengelegt stellen sie die Erdkugel mit den thematisierten Problemkreisen dar.

Flucht und Migration

«Refugees and Migrants» lautete der englische Titel. «Unser Zuhause ist der Ort, wo wir mit den Menschen leben, die wir lieben [...], wo wir unser Lieblingsessen kochen, wo wir unser Spielzeug haben und in unseren Betten schlafen können», beginnt das von der UNO-Flüchtlingshilfe empfohlene Buch. Fragen zur Flucht, zum Weshalb und Woher, zur Reise, zu den Problemen des Ankommens und des Asyltrags sind in Bild und Text behutsam thematisiert. Mit Vergleichen zu eigenen Erlebnissen, etwa zu Zeltferien oder zu Momenten, wo man die Eltern aus den Augen verloren hat, wird das lesende Kind abgeholt; Unterschiede wie die körperlichen und seelischen Strapazen werden jedoch in Worten und Bildern deutlich aufgezeigt. Geflüchtete «sind häufig so verzweifelt, dass sie sogar ihr Leben riskieren und Menschenschlepper dafür bezahlen, sie heimlich in ein neues Land zu bringen.» Wie in jedem Band wird erläutert, wie betroffene Menschen unterstützt werden und was man im Kleinen selber tun könnte. Ein Glossar erklärt wichtige Begriffe in einfachen Worten. Die am Schluss aufgeführten Institutionen beziehen sich leider nur auf Deutschland. Eindrücklich veranschaulicht die libanesischen Illustratorin das Leben betroffener Kinder. Die andersartigen Kulturen sind durch Haare und Kleidung erkennbar – weshalb aber alle Gesichter weiss sind, bleibt unverständlich.

Ceri Roberts, Hanane Kai: **Wie ist es, wenn man kein Zuhause hat?** Alles über Flucht und Migration, Gabriel Verlag, Stuttgart 2018. 32 Seiten, Fr. 15.90. Ab 5 Jahren.

Armut und Hunger

«Alles über Armut und Hunger». Diesem auch noch global gedachten Anspruch kann ein Kinderbuch schwerlich gerecht werden: Armut hier, Armut in Entwicklungsländern, etwa in den Slums einer Grossstadt oder in kleinbäuerlichen Strukturen... Doch die Autorin und der Übersetzer greifen den breiten Fächer auf, erklären, was Armut bedeutet und welche Gründe es dafür gibt: politische und soziale, Krieg, Naturkatastrophen. Neben der notwendigen starken Vereinfachung der Problematik achten sie auf verständliche Inhalte sowie eine angemessene und doch möglichst politisch korrekte und gendergerechte Sprache. Das klingt dann etwa so: «Arm sein bedeutet, dass ein Mensch nicht viel oder sogar kein Geld hat. Er oder sie kann nicht genug Essen kaufen und muss deswegen hungrig bleiben.» Auch hier wird immer wieder Bezug zum Leben des Kindes genommen: «Etwa zehn Prozent aller Menschen weltweit haben nicht genug zu essen. Wenn du also zehn Freunde hast, dann wäre einer von diesen Freunden davon betroffen. [...] Das klingt nach gar nicht so viel. Für diese zwei Freunde ist es aber sehr, sehr schlimm.» Das Fehlen von Arbeit, sauberem Wasser, gesunder Nahrung, medizinischer Versorgung, Bildung wird ebenso angesprochen wie Kriege, Erderwärmung und Naturkatastrophen. Handlungsmöglichkeiten von Hilfsorganisationen über Steuern bis zur eigenen Beteiligung werden dargestellt. Ein tapferer, erstaunlich gut gelungener Versuch, dieses komplexe Problem auf Kinderebene zu bringen. Die ausdrucksstarken Bilder von Hanane Kai bringen die sachlich korrekten Texte zum Leben.

Ceri Roberts, Hanane Kai: **Wie ist es, wenn man arm ist?** Alles über Armut und Hunger, Gabriel Verlag, Stuttgart 2018. 32 Seiten, Fr. 15.90. Ab 5 Jahren.

Rassismus und Krieg

Die zwei noch fehlenden Bände werden im August 2019 erscheinen. Aus «Racism and Intolerance» wurde «Wie ist es, wenn man anders ist?»; «Global Conflict» wurde zu «Wie ist es, wenn es Krieg gibt?». Ob diese Abschwächungen klug sind? Auf Grund der ersten beiden Bücher ist zu erwarten, dass auch die neuen zur Bearbeitung globaler Themen eine gute Hilfe bieten. Sie gehören in Bibliotheken und Klassenzimmer, vielleicht auch zu den Sachbüchern im Regal der Kinder. Vor allem: Sie gehören erzählt! ■

Ceri Roberts, Hanane Kai: **Wie ist es, wenn man anders ist? / Wie ist es wenn es Krieg gibt?** Gabriel Verlag, Stuttgart. Erscheint im August 2019. Jeweils Fr. 13.90.

Susi Oser arbeitete als ausgebildete Sozialpädagogin und Primarlehrerin. Bilderbücher sind ein Schwerpunkt ihrer Tätigkeit als Rezensentin.

Nachhilfe in Marxismus

Wie Jean Ziegler seiner Enkelin den Kapitalismus erklärt.

Von Philipp Casula

In seinem neuen Buch «Was ist so schlimm am Kapitalismus?» erklärt Jean Ziegler seiner Enkelin Zohra: «Du lebst in der Schweiz und hast in einer Schweizer Schule leider wenig Aussichten, etwas über Karl Marx oder irgendeinen anderen radikalen Kritiker des Kapitalismus zu erfahren» (S. 23). Das ist die Prämisse, die der renommierte Genfer Soziologe seinem Band zugrunde legt. Darin erläutert Ziegler in einem fiktiven Dialog mit seiner Enkelin die Entstehung des Kapitalismus, wer Karl Marx war, was «Mehrwert» und «ursprüngliche Akkumulation» bedeuten. Auf Marx rekurrierend betont Ziegler, dass der europäische Kapitalismus auf Sklaverei und der Ausbeutung insbesondere von Afrikaner_innen und der indigenen Völker Südamerikas beruht (S. 28). In der Französischen Revolution von 1789 sieht er den Gründungsakt bürgerlicher Herrschaft durch die «Heiligsprechung» des Privateigentums.

Ausbeutung heute

Interessant wird das Buch insbesondere bei der Einschätzung der Funktionsweise des neoliberalen Kapitalismus heute. Kennzeichen der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus seien Multinationalisierung, Monopolisierung und ein verselbständigtes Finanzkapital. Es ist dieses besondere Kapital, das die Welt beherrscht und alle anderen Kapitalformen seinem Einfluss unterwerfe (S. 43), ja eine Diktatur über die Weltwirtschaft errichtet hätte (S. 44). Ein Grossteil der Profite beruhe auf Ausplünderung des Globalen Südens, wo sich Menschen zu Tode schufteten, «um die Entwicklung der reichen Länder zu finanzieren» (S. 82) – gleichzeitig würden die hohen Zinsen auf Kredite diese Länder in Armut halten. Ziegler prangert immer wieder die multinationalen Konzerne an, nicht zuletzt den Schweizer Multi Nestlé, mit dessen ehemaligen Chef Peter Brabeck-Letmathe sich Ziegler am 22. Mai 2017 ein Rededuell auf RTS geliefert hatte, auf das auch Zohra wiederholt Bezug nimmt. Ziegler kritisiert aber auch massiv die westliche Konsumgesellschaft (S. 60), die immer neue Schein-Bedürfnisse produziere. Beide – multinationale Konzerne und westliches Konsumverhalten – seien für die Zerstörung des Planeten verantwortlich (S. 70-72). Gleichzeitig lebten Millionen Menschen in Armut: auch in den reichen Ländern des Nordens, in denen der Sozialstaat

abgebaut wurde. Jean Ziegler spricht sich dafür aus, den Kapitalismus «vollkommen» und «radikal» zu «zerstören» (S. 116) – er glaubt an kleine Risse im System, an lokale Kämpfe einzelner – was an Michael Hardt und Antonio Negris *Multitude* erinnert¹ – und irgendwann an eine Revolte, an einen Aufstand der Vernunft und des Gewissens (S. 119-122). Explizit verzichtet Ziegler jedoch darauf, ein alternatives Programm zu skizzieren oder seiner Enkelin eine klare alternative Zukunftsvision zu bieten. Ziegler steht definitiv Che Guevara (den er 1964 persönlich getroffen hatte) näher als Antonio Gramsci: Er sehnt sich mehr nach einem wie auch immer gearteten Umsturz, als nach einer langsamen, zielgerichteten, passiven Revolution.

Gelungene Gratwanderung

Der 85-jährige Jean Ziegler reiht sich mit seinem Buch abermals in eine Reihe von Büchern ein, in denen Eltern oder Grosseltern einem Kind einen komplizierten Sachverhalt in einem fiktiven Dialog erklären². Das Genre erlaubt es ihm, in einer einfachen Sprache, komplexe Sachverhalte darzulegen und bekannte Positionen zu wiederholen – zugleich ist es mit dem Risiko behaftet, durch die recht vereinfachende Sprache, das behandelte Problem und dessen Lösungen zu karikieren. Das ist bei Jean Zieglers Buch nicht anders: Doch der Autor vermag es immer wieder geschickt, den Grat zwischen pointierter Erklärung und Banalisierung zu gehen.

Zohra spielt Ziegler permanent gute, teils komplexe Fragen zu, die Ziegler nicht immer überzeugend beantworten kann. So bleibt die entscheidende Erklärung der Hegemonie des Kapitalismus letztlich unbefriedigend: Für Ziegler sitzen die kapitalistischen Oligarchen nicht nur an den ökonomischen, sondern auch schlicht an den politischen Schaltstellen der Welt (S. 46-51). Ihre «Lakaien» manipulierten die Bevölkerung durch die Medien (S. 97), bewirkten einen kapitalistischen «Obskurantismus» (S. 108), und sorgten dafür, dass Demokratien nur noch «simulativ» sind: «Wie blöckende Schafe gehorchen die Schweizer Bürgerinnen und Bürger den Diktaten ihrer Oligarchen» (S. 110). Hier fehlt Ziegler eine gramscianische Perspektive,³ und er verkennt die kulturelle Dimension des Kapitalismus sowie jene politischen Mechanismen, die dazu geführt haben, dass er hegemonial geworden ist. Es



ist keineswegs so, dass Menschen schlicht nicht zu sehen wagten, wie die Welt wirklich ist (S. 96): Sie wissen ziemlich genau um das zerstörerische Potential des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, nehmen es aber dennoch hin, weil sie politisch, ökonomisch sowie kulturell mit ihm verbunden und in ihm eingebunden sind.

Positiv hervorzuheben ist schliesslich, dass Ziegler immer wieder auf die globale Dimension des Kapitalismus hinweist. Es ist bedauerlich, dass Ziegler nicht den nächsten konsequenten Schritt macht und die kausale Verbindung zu Flüchtlingsströmen aufzeigt, die nicht zuletzt Folge der andauernden westlichen Ausbeutung des Globalen Südens sind. Das handliche Buch ist aber dennoch eine empfehlenswerte Lektüre nicht nur für Jugendliche, sondern es gibt auch Erwachsenen ein einfaches Argumentarium an die Hand, um den gegenwärtigen Kapitalismus insbesondere in seiner globalen Dimension aus einer konzis-marxistischen Perspektive zu kritisieren. ■

Philipp Casula ist promovierter Soziologe und lebt in Basel.

¹ Michael Hardt, Antonio Negri, *Multitude – Krieg und Demokratie im Empire*. Frankfurt/M., 2004, S. 104

² Jean Ziegler, *La faim dans le monde expliquée à mon fils*, Paris, 1999; Tahar Ben Jelloun, *Papa, was ist der Islam?*, Berlin, 2013; Richard David Precht, *Warum gibt es alles und nicht nichts?* München, 2015. Auch im Film existiert eine Tradition, die eine kindliche Perspektive einnimmt.

³ Trotz Zieglers-Doku mit Gramsci-inspirierten Titel: Jean Ziegler, *L'optimisme de la volonté* (2016)

Syrische Flüchtlinge
an der Grenze zu
Jordanien



Wissensvermittlung und Anregung zum Denken

**Bildungsworkshops von Terre des Hommes sensibilisieren
SchülerInnen zu Kinderrechten und nachhaltiger Entwicklung.**
Von Carolin König

«Stell dir vor, du müsstest mit deiner Familie deine Heimat verlassen, weil euer Leben in Gefahr ist. Du hast nur einen kleinen Rucksack, um dein Hab und Gut mitzunehmen. Welche Gegenstände würdest du einpacken?» Die Schülerinnen und Schüler des Oberstufenzentrums in Ittigen reisen am Montagmorgen in eine fremde Realität: sie erleben den Alltag eines syrischen Flüchtlingskindes. Die pädagogischen Mitarbeitenden von Terre des Hommes sind in die 7. Klasse gekommen, um mit den SchülerInnen den Workshop «Migration – Kinder auf der Flucht» durchzuführen. Nachdem die Jugendlichen den Unterschied zwischen einem Migranten und einem Flüchtling kennengelernt haben, entdecken sie anhand eines Kartenspiels Migrationsgeschichten von verschiedenen Personen. Sie lernen Dominique kennen, die aus der Schweiz nach Kanada zieht, um beruflich aufzusteigen oder Tahira, die aufgrund von Überschwemmungen in Bangladesch mit ihrer Familie vom Land in die Hauptstadt zieht. Heutzutage gibt es geschätzte 244 Millionen MigrantInnen weltweit¹. Die Migrationsgründe können vielfältig sein: beruflich, persönlich, kulturell oder aufgrund von Umweltkatastrophen, Nöten und Kriegen. Der Fokus des Workshops von Terre des Hommes Education ist die unfreiwillige Migration.

Lernprozesse

Beim Betrachten der Weltkarte, auf der die aktuellen Flüchtlingsströme sowie die Herkunfts- und Aufnahmeländer eingezeichnet sind, ist die Klasse überrascht. «Ich dachte, ein Grossteil der Flüchtlinge wolle nach Europa, dabei ziehen die meisten Flüchtlinge in die direkten Nachbarländer. In die

Schweiz kommen viel weniger Flüchtlinge, als ich dachte. Nur 15 000 Personen im letzten Jahr.² Das hat mich erstaunt, weil in den Medien rübergebracht wird, dass die Flüchtlinge das Land überfluten». Während dem Workshop werden gängige Vorurteile ins rechte Licht gerückt. Aktuell nehmen vor allem die Türkei, der Libanon und Jordanien sowie viele afrikanische Länder den Grossteil der weltweiten Flüchtlinge auf.

Die derzeit grösste Flüchtlingspopulation sind Syrer. Anhand von Projektfotos von Terre des Hommes erfahren die SchülerInnen, wie syrische Flüchtlinge entweder in Jordanien in staatlich organisierten Camps oder im Libanon oftmals in Bauruinen leben. Die Klasse entdeckt auf den Fotos viele Dinge, die fehlen: Strom, Betten, ein Platz zum Kochen und Spielen oder Dächer, welche vor Hitze und Kälte schützen.

Da die Erwachsenen, aufgrund von fehlender Genehmigung, in vielen Fällen nicht arbeiten dürfen, sind es die Kinder, die das Überleben der Familien sichern. Eines von ihnen ist Bassam, ein syrischer Flüchtlingsjunge, der mit seinen Eltern in einem Flüchtlingscamp im Libanon lebt und auf einer Geflügelfarm Geld verdient. Die Jugendlichen lernen Bassams Alltag anhand eines Videos kennen, sie können sich «dadurch, dass Bassam in ihrem Alter ist, gut wiedererkennen und Bassams Tagesablauf mit ihrem eigenen Alltag vergleichen. Das vergessen sie nicht so schnell», sagt der Lehrer der 7. Klasse. Im Laufe des Workshops wird den SchülerInnen aus Ittigen immer deutlicher, dass für viele Kinder der Alltag beschwerlicher ist als für sie selbst und dass die Kinderrechte für viele Kinder nicht respektiert werden. Bassam zum Beispiel geht weder zur Schule (Recht auf Bildung), noch

hat er Zeit zu spielen (Recht zu spielen und sich zu erholen). Am Ende des Workshops, um einiges Wissen reicher, überlegen die SchülerInnen, wie sie einem Flüchtlings- oder Migrantenkind helfen könnten sich in der Schweiz und in ihrer Klasse zu integrieren. Die SchülerInnen haben gute Ideen: «die Schule zeigen», «zu uns nach Hause einladen», «ihm Deutsch beibringen».

Bildungsprogramm

Der Workshop «Migration – Kinder auf der Flucht» ist Teil des Bildungsprogramms Terre des Hommes Education, das Kinder und Jugendliche zu Kinderrechten und zu nachhaltiger Entwicklung sensibilisiert. Aktuell werden sechs Workshops für verschiedene Altersgruppen angeboten. Sie beschäftigen sich mit Fragen, wie «Was hat ein Mobiltelefon mit Kinderrechten zu tun?» oder «Welche Lebensmittel kommen auf einen nachhaltigen Teller?». Es werden konkrete Beispiele verwendet, so dass die SchülerInnen verstehen, wie Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt zusammenhängen und wie ihr eigenes Verhalten nachhaltige Auswirkungen auf ihre Umwelt hat. Das Programm entspricht den Lehrzielen des Lehrplans 21 und den BNE-Zielen³. Es bietet den SchülerInnen anhand von aktuellen Praxisbeispielen direkten Zugang zu der Felderfahrung von Terre des Hommes.

Die Workshops sind kostenlos und auf Deutsch und Französisch buchbar, Zielgruppe: 5-20 Jahre, Kantone: Bern, Freiburg, Waadt, Genf, Wallis, Solothurn, Neuenburg, und Basel.

Mehr Infos unter:

<http://www.tdh-education.ch> ■

Carolin König ist Praktikantin im Programm «Bildung für nachhaltige Entwicklung» bei Terre des Hommes.

¹ (Quelle: <https://www.iom.int/wmr/chapter-2>)

² In der Schweiz gab es im Jahr 2018 – entgegen der Erwartungen der Schülerinnen und Schüler – 15 000 Asylanträge, was 0,17% der Schweizer Gesamtbevölkerung entspricht. Davon wurden 6358 Personen Asyl gewährt. (Quelle: Secrétariat d'Etat aux migrations SEM, 2019)

³ BNE: Bildung für nachhaltige Entwicklung

nein!

Zweimal nein zu zwei trügerischen Motionen!

Man muss genau hinsehen, um die negativen Auswirkungen von zwei Vorstössen im Bildungsbereich zu erkennen.

Nie zuvor haben Motionen zu einem Bildungsthema bereits im Vorfeld so viele Emotionen ausgelöst, wie zwei Vorstösse, die der Grosse Rat in der Sommersession beraten wird. Die Motion «Gleichberechtigung für Lehrkräfte» klingt ganz sympathisch. Und «Einführung von Mindestpensen bei Lehrkräften» tönt erst einmal auch nicht falsch. Bei einer Annahme würden diese Motionen aber zu Mehrkosten und sogar einer Verschärfung des Lehrpersonenmangels führen!

Motion «Gleichberechtigung für Lehrkräfte»

Die nett klingende Forderung will eine Harmonisierung der Lektionenzahl vom Kindergarten bis Sek 2, schlägt ein Pflichtpensum von 27 Lektionen vor und fordert, dass die Harmonisierung mindestens (!) kostenneutral umzusetzen sei. Bei Annahme müsste auf Ebene Gymnasien und Berufsschulen die Lektionenzahl von heute 23 auf 27 erhöht werden.

Die MotionärInnen missachten mit ihrer Forderung den gegenüber der Volksschule viel höheren Vorbereitungsaufwand für den Unterricht an den Gymnasien und Berufsfachschulen sowie den umfangreichen Aufwand für Vorbereitung und Korrekturen von Prüfungsarbeiten. Erhöht sich das Pensum einer LehrerIn um vier Lektionen, verteilen sich die Lektionen auf weniger Personen – was in der Konsequenz zur Aufhebung von 80 Vollzeitstellen an den Gymnasien und 56 Vollzeitstellen an den Berufsfachschulen führen würde! Dies vor dem Hintergrund, dass der Kanton Bern auf dieser Stufe die höchste Lektionenzahl aufweist, wie der interkantonale Vergleich von 2017 belegt. Mit Annahme dieser Motion würde ihre Arbeitszeit weiter ansteigen.

Auf Stufe Volksschule würde die Motion mit einer Lektion weniger zwar etwas Entlastung für die Lehrpersonen bedeuten, aber dazu führen, dass 300 Vollzeitstellen geschaffen werden müssten! Im aktuellen gravierenden LehrerInnen-Mangel ein Ding der Unmöglichkeit. Kommt dazu, dass diese zusätzlichen Stellen jährlich wiederkehrende Mehrkosten von acht Millionen Franken für den Kanton und 13 Millionen für die Gemeinden zur Folge hätten.

Motion «Einführung von Mindestpensen bei Lehrkräften»

Die Motion verlangt ein Mindestpensum von 35 Prozent auf allen Stufen, also Volksschule, Sekundarstufe I und II. In Lektionen würde dies für Kindergarten, Primarstufe und Sekundarstufe I ein Pensum von mindestens zehn Lektionen, auf Sekundarstufe II ein Pensum von mindestens neun Lektionen bedeuten. Ausnahmeregelungen sollen zulässig sein.

Aktuell sieht der Kanton kein Mindestpensum vor. Die Verteilung der Pensen liegt in der Kompetenz und der Verantwortung der Schulleitungen. Ein Mindestpensum von 35 Prozent würde an Berufsfachschulen dazu führen, dass Lehrpersonen, die noch in ihrem angestammten handwerklichen Beruf arbeiten, nicht mehr unterrichten könnten, weil das Pensum an der Berufsfachschule zu gross würde. Ein wichtiger Pfeiler des dualen Bildungssystems würde wegfallen! Eine Begrenzung mit einer relativ hohen Mindestanstellung würde auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen erschweren, noch mehr Berufsaussteigerinnen wäre die Folge. Das Festlegen eines Mindestpensums von 35 Prozent würde den LehrerInnen-Mangel mehr verschärfen als entlasten. Schwieriger würde wahrscheinlich auch die Rekrutierung von Lehrpersonen in Gemeinden des ländlichen Raums, der vielen (jüngeren) Lehrpersonen nicht attraktiv erscheint.

Gemeinsames Lobbying

Unmittelbar nach Bekanntwerden der beiden Motionen wurden der VPOD und Bildung Bern von beunruhigten Mitgliedern aufgefordert, Stellung dagegen zu beziehen. Auf Initiative des VPOD wurde eine gemeinsame Lobbyarbeit gestartet, in die wir auch den Bernischen Staatspersonalverband BSPV und das Syndicat des Enseignantes et Enseignants francophones Bernois SEfB mit einbezogen: mit einem Schreiben mit ausführlichem Argumentarium an alle Mitglieder des Grossen Rats und persönlichen Gesprächen hoffen wir, ein Nein zu beiden Vorstössen zu erwirken.

Erziehungsdirektionen und die Schulleitungen lehnen die Vorstösse ebenfalls ab. Leider findet die Debatte erst nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der Bildungspolitik statt. Infos über die Abstimmung findet ihr unter https://www.gr.be.ch/gr/de/index/sessionen/sessionen-2019/sommersession_2019.html ■

Text: **Béatrice Stucki**, Regionalsekretärin VPOD Bern.

Bildungschancen durch soziale Durchmischung

Ein neues Themenheft der Zeitschrift «Hochparterre» beschäftigt sich mit Quartierentwicklung und Bildung. Gerade für Basel finden sich viele sinnvolle Anregungen. Von Michela Seggiani

Vor zwanzig Jahren startete QUIMS in Zürich. QUIMS ist ein Schulentwicklungs- und Unterstützungsprogramm, das für Schulen mit vielen Kindern aus sozial benachteiligten und fremdsprachigen Familien entwickelt wurde. Die etwas komisch anmutende Buchstabenreihenfolge steht für «Qualität in multikulturellen Schulen». Bei dem Projekt stehen die soziale Integration, der Schulerfolg und die Förderung der Sprache im Fokus. So wird es im Text «Die richtige Ausgangslage» von Lilia Glanzmann im Themenheft von Hochparterre «Quartier bildet» vom April 2019 beschrieben. Der Text geht der Frage nach, «warum sozial durchmischte Quartiere das Zusammenleben für alle aufwerten und gleichwertige Bildungschancen fördern» und macht dazu eine kleine Auslegeordnung.

Vielfalt, egal in welchem Bereich, ist ein Mehrwert für alle Beteiligten. So auch in der Durchmischung von Quartieren und Bildungsinstitutionen, wie Studien und Statistiken belegen. Wie aber eine Aufwertung von Quartieren gleichzeitig auch Bildungschancen fördert und vor allem, wie man dies erreichen kann, dazu gibt es verschiedene Ansätze: Die Stadtentwicklung arbeitet zusammen mit der Bevölkerung, die Entwicklung von Treffpunkten oder die Planung von öffentlichen Räumen kann partizipativ gestaltet werden. Ein effizienter Ansatz ist, Quartiere vom Verkehr zu entlasten. Natürlich macht das nur Sinn, wenn danach die Mietpreise, nicht in die Höhe schnellen, weil das Gebiet nun attraktiver ist. Hierbei hilft es, wenn die Stelle für Quartierentwicklung mit den Hausbesitzenden zusammenarbeitet. Noch wirksamer gegen einen Mietpreisanstieg ist, wenn die Kantone Eigentümer von Boden oder Immobilien sind.

Verpasste Chance

In Basel-Stadt wurde Ende Mai bekannt, dass eine solche Chance bei Teilen des Klybeck-Areals verpasst wurde: Als Novartis Firmenareal an Private verkaufte, machte der Kanton zu diesem kein Kaufangebot. Dies ist mehr als bedauerlich, denn es handelt sich hier um ein Areal mit grossem Entwicklungspotential, bei dem es wichtig wäre, dass der Kanton die Quartierentwicklung massgeblich beeinflussen kann. Wenn Private Boden und Immobilien zu Spekulationszwecken

kaufen, dann können VertreterInnen der Stadtentwicklung und die Bevölkerung sich treffen, sooft sie wollen, sie werden einer steigenden sozialräumlichen Segregation nicht viel entgegenhalten können. Eine solche Segregation trägt zur Verfestigung einer Zweiklassengesellschaft bei, sie bewirkt unter anderem, dass in Quartieren mit hohem Anteil an Migrationsbevölkerung Schüler und Schülerinnen mit einer tieferen Schulbildung abschneiden als in anderen Quartieren. In Basel keine unbekannte Erscheinung.

Eine Möglichkeit, dem entgegenzuwirken und mehr Chancengerechtigkeit in der Schule zu generieren, ist, den Gemeinden oder Quartieren, die sozial mehr belastet sind als andere, mehr Stellenprozente für Lehrpersonen zu gewähren. Dadurch erhalten die Gebiete nicht direkt eine höhere soziale Durchmischung, aber die besseren Bildungschancen der dortigen Kinder und Jugendlichen tragen längerfristig zu einer solchen bei.

Wie Basel zur gerechten Stadt werden könnte

Die Forschung ist dabei zu untersuchen, was es für eine «gerechte Stadt» braucht und wie trotz Segregation eine soziale Durchmischung in der Schule erreicht werden kann. Es ist zentral, dass die Forschung und die Bildungspolitik sich immer wieder mit der Frage beschäftigen, was Architektur und Städteplanung zu Gleichstellung und Chancengerechtigkeit beitragen können. Weil nachhaltiges Bauen für eine Gesellschaft, die divers ist – oder anders gesagt, die für die ganze Bevölkerung – auch immer Chancengerechtigkeit mitdenken muss. Durchmischte Quartiere bedeuten, dass attraktiver Wohnraum für jung und alt zur Verfügung steht, hochpreisiger und günstiger Wohnraum beieinander, dass eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr besteht, Schulen und Gewerbe vorhanden sind, genügend kultureller und öffentlicher Raum sowie speziell Erholungsräume.

Da dies wohl nur für wenige Quartiere in den Schweizer Städten und Gemeinden zutrifft, müssen Projekte wie QUIMS von der Politik lanciert und von den Kantonen bezahlt werden. Das Projekt basiert auf «lokalen Schulprogrammen mit QUIMS-



Jean «Quartier bildet», Themenheft von Hochparterre April 2019, kann für Fr. 15.– bestellt werden unter: shop.hochparterre.ch
Online ist es gratis verfügbar als E-Paper am Bildschirm unter: https://issuu.com/hochparterre/docs/hochparterre_quartierentwicklung_20

Schwerpunkten, kantonalen finanziellen Beiträgen für alle Schulen mit einem Mischindex ab 40 Prozent, Beratung und Weiterbildung». So können zum Beispiel auch Eltern intensiver beraten werden oder sie erhalten Bildungsangebote. Für Basel wäre QUIMS oder ein ähnliches Projekt eine tolle Strategie, etwas zur Chancengerechtigkeit in der Schulbildung beizutragen.

Im nationalen Schulvergleich steht Basel-Stadt sehr schlecht da. Ich beziehe mich auf die am 24. Mai 2019 veröffentlichte Studie der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Bei diesem ersten nationalen Schulvergleich in der Schweiz ging es darum, zu prüfen, ob die nationalen Bildungsziele in allen Kantonen erreicht werden. Als Erklärung für das schlechte Ergebnis der Basler Schulen werden von offizieller Seite als Teilfaktoren die soziale Schicht und der Migrations- und Sprachhintergrund der Schüler und Schülerinnen genannt. Ja, auch Rankings zeigen, dass die Herkunft und der Hintergrund eine grosse Rolle spielen in der Bildung und bei der Chance, eine gute Bildung zu erhalten. Wäre es demnach nicht endlich an der Zeit, geeignete Massnahmen und Instrumente zu prüfen, um dies zu ändern? Auch im Stadtkanton Basel könnte doch nach der «Qualität in multikulturellen Schulen» gefragt werden und wenn nicht dieses (QUIMS), so doch ein ähnliches Projekt zumindest einmal als Pilot durchgeführt werden. Denn es darf nicht sein, dass wir «Migrationshintergrund» und «schlechte Bildungschancen» weiterhin zusammen denken müssen. ■

Michela Seggiani ist Erziehungsrätin im Kanton Basel-Stadt und Vorstandsmitglied des VPOD Region Basel.



Das Gerät alleine reicht nicht!

Anmerkungen zu den Informations- und Kommunikationstechnologien ICT in den Schulen. Von Kerstin Wenk

In beiden Basel, Stadt wie Landschaft, sollen die Schulen auf den neusten technischen Stand in Sachen ICT gebracht werden. Es ist klar und deutlich zu begrüssen, dass mit diesen Investitionen den Schülerinnen und Schülern die besten Chancen für ihre Weiterentwicklung und Bildung gegeben werden. Trotzdem gibt es aber einige Knackpunkte hinsichtlich des pädagogischen Konzepts, den Weiterbildungen für Lehrpersonen, den Geräten sowie deren Wartung und dem Gesundheitsschutz.

Pädagogisches Konzept nötig

Aus Sicht des vpod region basel reicht es nicht, dass Computer und Laptops für alle Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen bereitgestellt werden, es braucht ein pädagogisches Konzept dafür, wie und wo die Geräte eingesetzt werden sollen. Berücksichtigt werden muss auch, dass der Besitz eines Gerätes alleine noch keine Chancengleichheit ermöglicht. Wie bei allen Bildungsfragen spielt auch hier der jeweilige Support der Eltern eine wichtige Rolle.

Wir sind der Überzeugung, dass nicht jeder Schulstandort ein eigenes IT Konzept benötigt. Je mehr hier zentral gelöst werden kann, desto besser. Ein grosses Problem wird bestimmt der Aufwand für die Wartung

der Geräte bzw der Support sein. Gerade dieses Funkzionieren ist entscheidend wichtig für eine bereitgestellte IT-Infrastruktur.

Die Frage, ob die Hard- und Software nun von Microsoft oder Apple kommt, ist nicht von zentraler Bedeutung. Vielmehr sollte eine «Materialschlacht» möglichst vermieden oder zumindest beschränkt werden. Es geht darum, dass unter Berücksichtigung der Lebensdauer der Geräte, auch eine Weitergabe und Teilung ermöglicht werden sollte. Zudem müsste es möglich sein, die Geräte am Ende der Volksschule an die Schülerinnen und Schüler abzugeben, damit diese allenfalls weiter im Rahmen von «Bring Your Own Device» (BYOD) in den weiterführenden Schulen genutzt werden können.

Bedürfnisse der Lehrpersonen

Die Lehrpersonen benötigen natürlich ebenfalls ICT-Geräte. Um auch hier die Materialschlacht etwas einzudämmen, wäre es sinnvoll, dass diejenigen Lehrpersonen, welche mit ihrem Laptop arbeiten möchten, dies auch tun können und eine entsprechende Vergütung dafür erhalten. Ideal wäre daher auch, dass die Formen des ICT-Einsatzes im Unterricht webbasiert sind, dann würde auch die Marke des Gerätes keine Rolle spielen.

Lehrpersonen benötigen Weiterbildungsangebote in unterschiedlichen Formaten. Dieser Punkt wurde im Zusammenhang mit der Diskussion über ICT an den Schulen jedoch bis jetzt zu wenig berücksichtigt. Die Lehrpersonen stehen an ganz unterschiedlichen Punkten, was die Nutzung von Computern angeht. Aus diesem Grund ist es auch wichtig, dass die nötigen Weiterbildungen von Fachleuten angeboten werden. Es muss verhindert werden, dass pro Schulhaus ein, zwei Lehrpersonen eine Weiterbildung machen und dann ihre Kolleginnen und Kollegen darin schulen. Es braucht für eine hohe Qualität eine konsequente Professionalisierung der Weiterbildung, damit diese auch der hohen Geschwindigkeit der technologischen Weiterentwicklung folgen kann.

Und nicht zu vergessen

Trotz Digitalisierung ist es wichtig, dass eine Vielfalt von Unterrichtsformen weiterhin nebeneinander fortbesteht und etwa der Erwerb von Fähigkeiten in den Bereichen Musik, Bildnerisches Gestalten, Textil und Werken nicht vernachlässigt wird. In allen Fächern muss es auch zukünftig «digitalisierungsfreie» Formen des Unterrichts geben, da es nach wie vor Berufsgruppen geben wird, bei denen die Digitalisierung zweitrangig sein und bleiben wird.

Und nicht zu vergessen: Trotz allen Vorzügen der ICT muss der Umgang mit dem Thema Strahlung sorgfältig und verantwortungsbewusst sein. Dies gilt insbesondere auf Stufe Kindergarten und Primarschule. Wir würden es zum Beispiel befürworten, wenn das WLAN zeitweilig ausgeschaltet werden könnte. ■

Kerstin Wenk ist als Regionalsekretärin des VPOD Basel für den Bildungsbereich zuständig.

Ausbau der Digitalisierung an der Volksschule geplant

Die EDK hat vor einem Jahr ihre Strategie für den Umgang mit Wandel durch Digitalisierung im Bildungswesen veröffentlicht. Wo steht in dieser Hinsicht der Kanton Basel-Stadt heute?

Ein Interview mit Thomas Grossenbacher, dem Leiter der Abteilung ICT Medien im Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt.



Wie wird die Sicherheit der Daten von SchülerInnen und Lehrpersonen im Bildungswesen gewährleistet? Diese Frage stellt sich umso dringender, je mehr Daten erhoben und personenbezogen erfasst werden. (Die EDK-Strategie spricht hier von einer «digitalen Identität», die es einzuführen und zu schützen gelte.)

Thomas Grossenbacher: ICT Medien hat vor über zehn Jahren für alle Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler sowie Mitarbeitenden an den Schulen im Kanton Basel-Stadt mit dem persönlichen eduBS-Account sowie der persönlichen Mailadresse @edubs.ch für Lehrpersonen und pädagogische Mitarbeitende bzw. @stud.edubs.ch für Schülerinnen und Schüler eine digitale Identität eingeführt. Zudem beteiligen wir uns aktiv als Testkanton im Projekt FIDES (Föderation von Identitätsdiensten für den Bildungsraum Schweiz), damit baldmöglichst ein föderierter, sicherer Zugang zu den genutzten Online-Diensten zur Verfügung steht. Dieser Prozess wird von Seiten Datenschutz eng begleitet.

Wie weit ist die Ausstattung der Schulen in Basel-Stadt mit digitalen Geräten (Notebooks, iPads etc) vorangeschritten? Praktizieren die Basler Schulen «Bring your own device» oder stellen die Schulen entsprechende Geräte für die SchülerInnen zur Verfügung?

Aktuell befindet sich ein weiterer Ratschlag im politischen Prozess, mit dem die Digitalisierung an der Volksschule und am Zentrum für Brückenangebote vorangetrieben werden soll. Damit soll die Grundlage geschaffen werden, um für die zukünftige Umsetzung

einer digitalen Bildungsstrategie gerüstet zu sein. Damit die Schülerinnen und Schüler die erforderlichen digitalen Kompetenzen erwerben können, sollen sie sowie die unterrichtenden Lehrpersonen zusätzliche von der Schule zur Verfügung gestellte Geräte erhalten. Die Lehrpersonen benötigen zudem die entsprechende Weiterbildung. Neue, Lehrplan 21-kompatible Lehrmittel integrieren zunehmend digitale Medien und gehen davon aus, dass Schülerinnen und Schüler eigenständig an einem Gerät arbeiten können. Um die digitalen Medien in den Unterricht wirksam integrieren zu können, sind ein leistungsfähiger Anschluss der Schulen ans Internet und ein flächendeckendes WLAN unabdingbar. Ferner muss der pädagogische und technische Support in den Schulen ausgebaut werden.

Die heutige Ausrüstung umfasst an den Kindergärten

- Internetanschluss (über Swisscom Schulen ans Internet)
- Ein- und ausschaltbares WLAN
- 1 Notebook pro Standort, zuhanden der Lehrpersonen
- 1 Drucker

Primarschulen

- Internetanschluss (über Swisscom Schulen ans Internet, bestmögliche Bandbreite)
- Pro Klasse 3-4 Endgeräte (PCs, Notebooks mit Touchscreen, Notebookkoffer). Die Schulen konnten nach ihren Bedürfnissen zwischen PCs und Notebooks auswählen.
- Eine Anzahl Accesspoints, die bei Bedarf eingesteckt werden und WLAN zur Verfügung stellen. Das WLAN kann nur durch die Schulgeräte genutzt werden, Lehrpersonen können mit ihren eigenen Notebooks das WLAN der Schule (noch) nicht nutzen.
- In der Regel 2-4 Drucker (nebst Multifunktionsgerät, ehemals Kopierer)

Sekundarschule I

- Internetanschluss (100 Mbps symmetrisch)
- Pro Klasse 4-5 Endgeräte (PCs, Notebooks mit Touchscreen, Notebookkoffer). Die Schulen konnten nach ihren Bedürfnissen zwischen PCs und Notebooks auswählen.
- Flächendeckendes WLAN
- In der Regel 2-7 Drucker (nebst Multifunktionsgerät, ehemals Kopierer)

Mittelschulen (Gymnasien und FMS)

Weil der Grosse Rat am 20. März 2019 dem Ratschlag der Regierung «betreffend den Ausbau der Informatikinfrastruktur an den vollschulischen Angeboten der Sekundarstufe II Basel-Stadt (Gymnasien, Fachmaturitätsschule, Wirtschaftsmittelschule)» zugestimmt hat, gilt für diese Schule der BYOD-Ansatz. Alle Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler sollen zukünftig ihre persönlichen Geräte (Laptops, Tablets, Smartphones usw.) für den Unterricht mit in die Schule bringen und über WLAN auf die benötigten Dienste zugreifen können. Die Mittelschulen orientieren sich dabei an den Hochschulen und den Anforderungen im Umgang mit und Einsatz von digitalen Arbeitsmitteln und -formen, wie sie von den zukünftigen Studierenden erwartet werden. Schülerinnen und Schüler aus Familien mit geringen Einkommen werden in geeigneter Form bei der Beschaffung eines Gerätes unterstützt. Empfehlungen für die Anschaffung

von Geräten werden erarbeitet. Für diese wird der Betrieb an den Schulen gesichert. Der Kanton beteiligt sich im Verhältnis zum Beschäftigungsgrad der Lehrpersonen an der Anschaffung eines persönlichen Geräts (Laptop, Tablet oder Ähnliches), das die notwendigen Anforderungen erfüllt. Ein niederschwelliger Support analog zu den Geräten der Schülerinnen und Schüler an den Schulen soll gewährleistet werden.

Berufsfachschulen

An den Berufsfachschulen wird BYOD branchen- und berufsfeldspezifisch eingeführt. Taktgeber sind hier die Organisationen der Arbeitswelt, die Bildungsinhalte und mehrheitlich auch die Lehrmittel verantworten. Die Schulen werden hier speziell gefordert, da die Umsetzungszeiten oftmals sehr kurz bemessen sind. Für den Einsatz und die Finanzierung der BYOD-Geräte gelten dieselben Grundsätze wie bei den Mittelschulen.

Welchen Zugang haben die Basler Schulen zu Cloud-Diensten, Online-Lehrmitteln etc.?

Aktuell werden den Volksschulen noch keine Cloud-Dienste zur Verfügung gestellt. Es ist jedoch geplant, den Mittelschulen (Gymnasien und FMS) ab dem zweiten Halbjahr 2019 einen Zugang via persönlichem Schul-Account zu O365 mit den Funktionen Teams und OneNote anzubieten. Für die Volksschulen ist dieser Zugang im 4. Quartal geplant. Die technische Umsetzung und die Aufschaltung der Angebote aus O365 haben wir in engem Kontakt mit dem kantonalen Datenschutz definiert.

Online werden wir zudem die offiziellen Lehrmittel vom Schulverlag und von Klett zur Verfügung stellen.

Auf welche Weise werden an den Basler Schulen digitale Kompetenzen vermittelt? Steht bei diesen die Anwendung oder die Medienreflexionskompetenz im Zentrum?

Im Zentrum steht das fächerübergreifende und kompetenzorientierte Unterrichten, abgestützt auf den Lehrplan 21. Die Medien selbst, die Bedeutung für den Menschen und der reflexive, kritische, gestalterische und verantwortungsvolle Umgang mit den Medien sind dabei sehr wichtig. Medien sind didaktische Werkzeuge, die individualisierte oder kooperative Lernarrangements ermöglichen können. Um sich kritisch mit Medien, deren Funktionen und Wirkungen auseinandersetzen zu können, gehört auch die sachgemässe Handhabung von Geräten und Applikationen dazu. In unserer modernen Mediengesellschaft wird die Mediennutzungskompetenz immer wichtiger – für Lehrpersonen, aber auch für unsere Schülerinnen und Schüler.

Wie werden die angehenden und aktuellen Lehrpersonen an Basler Schulen hinsichtlich neuer digitaler Dienste, Lernmedien und Lehrmittel aus- und weitergebildet?

Bei den angehenden Lehrpersonen stehen die ausbildenden Institutionen in der Verantwortung und haben sicherzustellen, dass die Auszubildenden auch mit Blick auf die Digitalisierung optimal vorbereitet werden.

Die aktuellen Lehrpersonen können vielfältige Weiterbildungs- und Beratungsangebote nutzen und sich an Anlässen vernetzen. Zudem gibt es an jeder Schule eine ICT-Betreuungsperson. Das ist eine Lehrperson, die Schulleitung und Kollegium in Fragen der Digitalisierung pädagogisch beraten und unterstützen kann, etwa,

indem sie ICT-Projekte an Schulen initiiert.

Für eine erfolgreiche Umsetzung sind vier Elemente grundlegend: die IT-Kompetenzen der einzelnen Lehrpersonen, die Integration der Digitalisierung in die Prozesse der Schule, die technische Ausrüstung und dass die Schulen ein pädagogisches IT-Konzept entwickeln. Werden diese vier Prozesse eng verzahnt, sind wir auf einem guten Weg.

Zukünftig ist zudem geplant, dass jede Lehrperson eine Standortbestimmung zu ihren IT-Kompetenzen macht und zusammen mit ihrer Schulleitung definiert, welche Weiterbildung sie benötigt. ■

Hinweis:

Das Portrait des Baselbieter VPOD-Lehrers Jan Kirchmayr findet sich aus Platzgründen auf den Seiten 9-10.

Warum 2x NEIN zu den beiden LVB Initiativen?

Von Kerstin Wenk

Zu den beiden Initiativen des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland, «Bildungsressourcen gerecht verteilen und für das Wesentliche einsetzen!» sowie «Stopp dem Abbau an den öffentlichen Schulen!», fasste der vpod region basel die Nein-Parole.

Die Delegierten forderten mehr Solidarität im Service Public. Die Anliegen waren auf Grund der Sparmassnahmen der bürgerlichen Mehrheit im Landrat zwar verständlich, schossen aber klar über das Ziel hinaus. Die Fülle der Forderungen der beiden Initiativen waren kaum nachvollziehbar. Besonders störend fanden die VPOD-Mitglieder das gegenseitige Ausspielen der verschiedenen Bereiche des Service Public. Doch auch die verschiedenen Schulstufen werden mit den Initiativen gegeneinander ausgespielt. Der vpod region basel steht für alle Service Public-Bereiche gleichermassen ein und kann Initiativen, die zu Lasten anderer öffentlicher Dienstleistungen gehen, nicht mittragen. Kritisiert wurde von unseren Mitgliedern zudem das mangelnde Demokratieverständnis, das die Initiativen zum Ausdruck bringen; dies mit Blick auf die Forderung einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Landrat für Entscheidungen im Bildungsbereich.

Aus diesem Grund fassten die Delegierten des vpod region basel die Nein-Parole, welche nun am 19. Mai 2019 von der Bevölkerung mit einer klaren Mehrheit gestützt wurde. ■



vpod basel lehrberufe

Abonniert die Zeitschrift «vpod bildungspolitik» mit regionalem Basler Teil!

Die Zeitschrift «vpod bildungspolitik» erscheint fünf Mal pro Jahr. Ein Jahresabonnement kostet Fr. 40.–

Bestellt werden kann die Zeitschrift per E-Mail unter redaktion@vpod-bildungspolitik.ch sowie über unsere Homepage

GE

vpod-bildungspolitik.ch



Jetzt anmelden!

Am Samstag, den 7. September 2019
veranstaltet der VPOD in **Bern** die nationale
**Fachtagung «Geflüchtete – Bildung,
Integration und Emanzipation».**

Retouren an: vpod, Postfach 8279, 8036 Zürich

Anhand von Inputreferaten, Diskussionen und Workshops nehmen wir an der Tagung eine kritische Bestandsaufnahme der aktuellen Situation von Geflüchteten und von deren Bildungsmöglichkeiten vor. Gemeinsam werden wir Forderungen an die Politik erarbeiten, wie das Recht auf gleichwertige Bildung für alle durchgesetzt und die Diskriminierung von Geflüchteten verhindert werden kann.

Der VPOD organisiert die Tagung zusammen mit Solidarité sans frontières.

Eingeladen sind alle interessierten Fachpersonen aus dem Bildungs- und Sozialbereich, Politik und Wissenschaft sowie engagierte AktivistInnen und alle Betroffenen.

Die Tagung findet am Samstag, den 7. September von 9:30 bis 17:00 Uhr auf dem Campus Muristalden in Bern statt. Tagungssprachen: Deutsch/Französisch (mit Übersetzung).

Tagungsprogramm liegt dieser Zeitschrift bei.
Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.vpod.ch/fachtagung-gefluechtete-bildung